

sterium das Ausperrungsgebiet bereit. Sie wird wohl auch gesehen haben, daß es ganz andere „Uebelstände“ gibt, denen abgeholfen werden muß, als solche auf dem Gebiet des Unterbringungswesens.

Wenn Herr Scholz von „ernsten politischen Folgen“ spricht, so sehen wir die auch daraus — am allermeisten dann, wenn sich die Mehrheit bereit fände, nach dem Willen der Volkspartei zu handeln und zugunsten der Unternehmer parteiisch zu sein. In diesen politischen Folgen gemessen sind alle anderen sehr leicht.

Sobald wird auf diesem Felde die nächste Entscheidung nicht fallen. Sie fällt heute mit der Antwort, die die beiden Parteien dem Reichskanzler geben werden, wenn er ihnen den Vorschlag der Reichsregierung unterbreiten wird.

Exportkredit-Aktion.

Eine Vorlage an den Reichshaushaltsausschuß.

Dem Ausschuß für den Reichshaushalt ist vom Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium eine neue Subventionsvorlage vorgelegt, die bereits am Freitag auf der Tagesordnung steht. Die Vorlage befaßt u. a. es sei beabsichtigt, in den Etatsentwurf des Reichswirtschaftsministeriums für 1929 unter „Einmalige Ausgaben“ den Betrag von 500 000 M. einzulegen zur „Förderung des deutschen Außenhandels durch Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure“. Zur Erläuterung wird bemerkt, daß im Etatgesetz für 1928 die Reichsregierung ermächtigt worden sei, für Darlehen an deutsche Exportfirmen Garantien zu übernehmen. Um den mit der Garantieübernahme verfolgten Zweck zu erreichen, erscheine es notwendig, den Exportfirmen für die von dritter Seite zu gewährenden Darlehen Zinsverbilligerungen aus Mitteln des Reichs zu bewilligen.

Der Betrag von 500 000 M. stellt im Rahmen der beabsichtigten Zinsverbilligungsaktion den für das Rechnungsjahr 1929 erforderlichen ersten Teilbetrag einer auf einen Zeitraum von zehn Jahren zu verteilenden Gesamtbewilligung von 3 1/2 Millionen Mark dar. Zur Durchführung der Aktion sei erforderlich, mit Geldgebern und Geldnehmern langfristige Vereinbarungen zu treffen, die die Bewilligung der in den Haushaltsplänen 1930 bis 1938 anzufordernden restlichen drei Millionen Mark zur Voraussetzung haben.

Nach den allgemeinen für die Vergebung der Exportkredite ausgearbeiteten Grundrissen werden deutsche Exportfirmen berücksichtigt, die gegenwärtig noch ihren wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnissen und der Gestaltung ihrer Betriebe in der Lage sind, nach Erhalt der Kredite den Export deutscher Waren in erhöhtem Maße zu fördern. Die Tätigkeit dieser Unternehmungen muß geeignet sein, die deutschen Auslandsbeziehungen zu stärken, insbesondere die gefährdeten Auslandsmärkte für den deutschen Handel zu erhalten. In Frage kommen nur solche Unternehmungen, die in Deutschland sich niederzulassen haben und sich in überwiegenderem Maße mit dem Export deutscher und solcher Waren befassen, bei deren Herstellung ein möglichst hohes Maß deutscher Arbeitskräfte angewendet ist. Als Gesamtbeitrag für die zu garantierenden Exportkredite aus dem Haushalt 1928 ist der Betrag von 30 Millionen Mark in Aussicht genommen. — Wenn es im vergangenen Jahre möglich gewesen sei, den Exporteuren auch ohne staatliche Zinsverbilligung Kredite zu gerade noch erträglichen Zinsbedingungen einzuräumen, so sei dies lediglich durch eine seitens des Reichsfinanzministeriums gegenüber der Reichsrechtsgesellschaft übernommene Liquiditätsgarantie möglich geworden. Da bei der angeplanten Finanzlage des Reichs die Einräumung einer solchen Garantie für die diesjährigen Kredite nicht erfolgen kann, werde eine für den Exporteur erträgliche Gestaltung der Zinsbedingungen nur auf dem in Aussicht genommenen Wege der Zinsverbilligung erreicht werden können.

Die Lage des deutschen Exporthandels macht eine sofortige Finanzgriffnahme der beabsichtigten Aktion dringend erforderlich. Der Mangel an arbeitendem Kapital erlaubt den Exporteuren nicht, die ihnen wirtschaftlich zugewiesenen Aufgaben der Finanzierung der Exportgeschäfte zu erfüllen.

Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium glauben bei dieser Sachlage mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht bis zur Verabschiedung des Haushaltes für 1929 warten zu können. Der Haushaltsausschuß wird daher gebeten, sich grundsätzlich mit der Maßnahme einverstanden zu erklären, damit die Exportkreditaktion eingeleitet und durchgeführt werden kann.

Hitler zahlt Schulden.

Wie man Hakenkreuz-Abgeordneter wird.

Der Reichsmusikleiter der Hakenkreuzler in Berlin, Hiltbrand, ist aus der Hitlerpartei ausgestiegen. Er hat eine Schrift herausgegeben: Herunter mit des Maste! Darin erzählt er: „Tage darauf erscheint bei mir Major Buch. Diefem erkläre ich die Zustände in der Partei und hat ihn als Reichsnachrichtendienst des Reichsunternehmensauschusses, Sitz München, sofort eingreifen zu wollen. Darnach, versprochen wurden Berge, gehalten nichts. ... Nun klappte ich dem Herrn mein Leid über die Selbstfrage! Na, da hatte ich den Kopf auf den Kopf getroffen! Jetzt erzählte man mir unter Zeugen, daß er 24 000 Mark durch Hitler verloren hätte im Jahre 1928. Da Hitler ihm das Geld nicht hätte zurückzahlen können, hat ihn Hitler auf die Reichstagsliste gesetzt, um so durch die Diktien wenigstens eine kleine Rückzahlung zu erhalten!“

Herr Major a. D. Walter Buch aus Soln bei München, politisch ein unbeschriebenes Blatt, ist in der Tat Reichstagsabgeordneter der Hakenkreuzler im Reichstag. Ueber die Kandidaten der Hakenkreuzerliste bestimmt Herr Hitler als Diktator allein.

Landkreisreform und Umgemeindungen

Vorstandstagung des Reichsländerbundes.

Der Gesamtvorstand des Reichsländerbundes tagt am 13. und 14. Dezember in Berlin. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die preussische Umgemeindungsentscheidung sowie die Stellungnahme gegen die Kompetenz-Kompetenz der Landkreise. Weiter stehen zur Beratung: die Finanznot der kleinen Städte, der Volkshilfsausgleich, der preussische Finanzausgleich und die finanzielle Bedrängnis der höheren und mittleren Schulen in den Mittel- und Kleinstädten.

Die Obstruktion der Sozialdemokraten im Mietenausschuß des österreichischen Nationalrats in Wien soll bloß verhindern, daß die Bürgerblockmehrheit, die unter der Parole „Mieterschutz“ gesteht, wähl Einheitsliste) gewählt wurde, ihr Mandat zum Mieter-schutz a b a u mißbraucht; vorher mußte das Volk aufs neue befragt werden.

Die landjürende Sozialregierung hat ein Diktat mit Fadelzug von Lauer und Sporler in Saarbrücken verbotten.

Einengung der Hochverratsprozesse

Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstags.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beriet heute die Spezialbestimmungen über den Hochverrat. Zu dem Regierungsentwurf liegen die bereits veröffentlichten Anträge aller in der Regierung beteiligten Parteien vor, sowie ein kommunistischer Antrag, der in erster Linie die Streichung sämtlicher Paragraphen über den Hochverrat verlangt.

Abg. Dr. Marx legte als Berichterstatter die bestehende Rechtslage dar und erläuterte die Bedeutung der jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs.

Abg. Landsberg begründete die gemeinsamen Anträge. Er ging davon aus, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht wolle, daß es im Deutschen Reich nur eine Person geben solle, die nicht das Recht der Notwehr haben solle: den Staat. Nach den kommunistischen Anträgen solle jeder das Recht haben, straflos den Versuch des gewalttätigen Umsturzes zu machen. Solche Anträge könne man nicht ernstnehmen. Damit würde man den Reichsradikalen daselbe Recht geben. Auf beiden Flügeln der Partei befänden sich Gruppen, die offen erklärten, die Verwirklichung ihrer Bestrebungen nicht auf parlamentarischem Wege, sondern durch Gewalt ihr Ziel zu erreichen. In der Rechtsprechung seien allerdings in der Regel nur Angehörige des linken Flügels bestraft worden. Diese Rechtsprechung sei unhaltbar und müsse aufhören.

Es dürfe nicht schon die Gewinnung von Seelen für eine politische Partei strafbar sein.

Der vorgeschlagene Abänderungsantrag sei ein Versuch zur Einräumung der Rechtsprechung des Hochverrats. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß ein Redakteur wegen Vorbereitung eines Hochverrats bestraft werde, der lediglich ganz allgemeine Artikel veröffentlicht habe, indem darauf hingewiesen sei, daß der Radikalismus nicht durch parlamentarische Wahl zum Siege geführt werden könne, die große Aufgabe sei zu erfüllen, die Arbeiter zum letzten entscheidenden Kampf zu führen, zum Siege des Weltproletariats. Der habe auch ein Bild gebracht, auf dem die Republik als ein auf den Hinterbeinen gehendes fettes Schwein abgebildet gewesen sei. Das Reichsgericht habe angenommen, daß durch den Vergleich mit dem Schwein eine Herabsetzung der Republik erfolgt und damit eine Behauptung des Umsturzes der Kommunisten erfüllt sei. Solche Rechtsprechung sei politisch richtig, besonders angesichts der Rauserung, die sich jetzt in der R.P.D. vollzieht. Schließlich kann man nur eine gewisse Zeit lang sich zur sofortigen Anwendung von Gewalt bekennen. Das höre von selbst auf, wenn man durch die Tätigkeit im Parlament allmählich zu praktischer Arbeit genötigt sei. An einen gewalttätigen Umsturz denke ich heute kein vernünftiger Kommunist mehr. Die gegenwärtige Zerfahrenheit der Partei zeigt, daß die Rechten nicht mehr an einen Gewaltumsturz glauben, und daß der Mühsal von den Linken vorgeworfen wurde, daß ihre Bestimmung der Gewalt nur eine Strafe sei. Der Umwandlungsprozeß in der Partei sei die notwendige Folge einer Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Dieser Prozeß werde durch die falsche Rechtsprechung nur aufgehalten, die lediglich immer wieder neue Märtyrer schaffe. Schon der große Rechtslehrer Binding habe gesagt, daß die Erhaltung der Gewalt durch Wort und Schrift noch nicht unter den Bereich einer strafbaren Vorbereitung des Hochverrats falle. Der Antrag der an der Regierung beteiligten Parteien verfaßt, eine solche Einengung der Rechtsprechung herbeizuführen.

Der sozialdemokratischen Fraktion bereite jede Generalklausel sein. Sie habe deshalb schon früher einmal ganz spezielle Bestimmungen, wie sie in einer früheren Reichstagsvorlage enthalten waren, ihrerseits vorgeschlagen. Es mag aber richtig sein, daß man nicht alle möglichen Fälle des Hochverrats im voraus sehen könne, und daß deshalb eine Generalklausel notwendig sei. Deshalb würde sich die sozialdemokratische Fraktion mit einer Generalklausel abfinden, vorausgesetzt allerdings, daß sie genüge, um die bisherigen Ausschreitungen der Rechtsprechung unmöglich zu machen. Nur dann

könnte sie bei dem gestellten Antrag stehenbleiben. Der Justizminister möge sich dazu äußern, damit Klarheit geschaffen werde. Die sozialdemokratische Fraktion wolle nicht, daß schon der Versuch für die Gewinnung der Seelen für Vorbereitung eines Hochverrats zur Bestrafung genüge. Erst wenn die gewonnenen Männer gegen den Staat in Aktion gesetzt werden, begimme die Strafbarkeit der Handlung. Um dies klar zum Ausdruck zu bringen, verlange der Antrag, daß der Entschluß, einen Hochverrat zu begehen, durch Handlungen bestätigt sein müsse, die seine Ausführung unmittelbar vorbereiten.

Abg. Alexander behauptet, daß der Wunsch der Sozialdemokraten, die Aufrechterhaltung der jetzigen Rechtsprechung des Reichsgerichts unmöglich zu machen, auch nach Annahme der Abänderungsanträge ein frommer Wunsch bleiben werde. Ohne Gewalt sei keine Umwälzung möglich. Blutige Bürgerkriege würden durch die sich mehrende Bevölkerung hervorgerufen. Eine Umwälzung sei ein geschichtlicher Prozeß, den man mit Strafvorschriften nicht zu Leibe gehen könne. Wie man auch die Vorschriften im einzelnen formulieren möge, es bestehe immer die Gefahr einer falschen Auslegung durch die Gerichte.

Abg. Hergt führt aus, in Deutschland sei der Hochverrat in den letzten zehn Jahren an der Tagesordnung. Das liegt daran, daß der Umsturz nicht das gebracht habe, was viele wollten, und daß andererseits sich viele mit den neuen Verhältnissen nicht abfinden könnten. Es machten sich Rechts- und Linksbestrebungen geltend für und gegen die Verfassung. Dazu käme, daß Deutschland an Sowjetrußland benachbart und deshalb besonders leicht Stimmungen ausgeheißt sei, die einen Hochverrat leicht machten.

Es liege daher in der Natur der Dinge, daß Deutschland leider ein Hochverratsland geworden sei.

Die Kritik der Sozialdemokraten richte sich insbesondere, soweit man sich dabei auf das Gutachten des Professors Wegmann stütze, mehr gegen die Rechtsprechung als gegen das Gesetz. Die vom Abg. Landsberg verlangte Einschränkung der Generalklausel könnten die deutschen nationalen leider nicht mitmachen. Man könne nicht völlig strafflos lassen jede feilsche Beeinflussung. Er warte nicht, daß die anderen bürgerlichen Parteien den Vorschlag des Abg. Landsberg annehmen könnten. Durch die Hinzufügung der Worte „unmittelbar“ werde die Strafbarkeit zu weit eingeschränkt.

Reichsjustizminister Koch erklärte, die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Republik müßten in das Strafgesetz eingearbeitet werden. Dagegen müssen das Spionage- und das Sprengstoffgesetz herausheben; ihre Anpassung an das künftige Recht müsse in das Einführungsgezet zum Strafgesetz erfolgen. Mit den Anträgen, die von den der Regierung nahestehenden Parteien gestellt worden sind, sei die Reichsregierung einverstanden. Wenn jetzt von rechts und links gegen die neuen Vorschläge Sturm gelaufen werde, so müsse betont werden, daß der Staat ein Rechtsstaat haben müsse. Wenn Hergt die jetzigen Bestimmungen als zu eng bezeichnet habe, so spreche die „Deutsche Zeitung“ davon, daß die Bestimmungen zu weit und geeignet seien, die letzte Reste der politischen Freiheit zu beseitigen. Er, der Minister, habe den Wunsch nach einer Einengung der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Dieser Wunsch sei in vorgeschlagenen Anträgen zum Ausdruck gekommen. Eine feilsche Propaganda dürfe nur strafbar sein, wenn sie zu einem bestimmten Entschluß auffodert, z. B. „Auf die Barrikaden“. Fälle, wie in dem Buchhändlerprozessen wären nach der neuen Fassung unmöglich. Nur die Propaganda eines zum unmittelbaren Hochverrat einschließlichen zur Umwälzung von anderen würde strafbar sein. Er wolle Gesetze in der Sache seien, eine vernünftige Umgestaltung zu bieten, sei dies jetzt gegeben. Es sei Pflicht des Justizministers, sich dauernd um die Rechtsprechung zu kümmern. Es las größte Gewicht darauf zu legen, daß die Oberreichsanwaltschaft das Maß und die Schranken einhält, die geboten sind. Die Staatsanwaltschaft werde geschützt werden können, auch wenn nicht schon jede entfernte Propaganda gegen ihn getroffen werde.

Etwas verrückt . . .

Ausgerechnet der Hanjabund will der Arbeiterschaft einen neuen Glauben bringen.

Der Driswerbend Groß-Berlin des Hanjabundes hatte eine Versammlung einberufen, auf der einseitig der Bundespräsident, der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hermann Fischer über den Arbeitseinstopf in Westdeutschland sprach. Er bezeichnete den Schritt der Unternehmer als einen Akt wirtschaftlicher Notwehr der Industrie, deren Wohnungen bisher immer überhört worden seien und verlangte, daß die Reichsregierung und der Reichstag die Angaben der Unternehmer ernstlich ruhig und nach allen Richtungen hin prüfen möchten. An wessen Adresse diese recht überflüssige Mahnung zur Sachlichkeit gerichtet war, zeigten die folgenden Worte, die eine Polemik gegen die kürzlich von Genossen Larnow im Reichstag gemachten Ausführungen über die Wirtschaftsdemokratie darstellten. Fischer bezeichnete weiter den Geist, mit dem die öffentlichen Betriebe geführt wurden, als den Beginn der Wirtschaftskatastrophe.

Nach dem Champion der Aufsichtsratsmandate sprach das Präsidialmitglied des Hanjabundes, Dauch, seines Zeichens volksparteilicher Abgeordneter in Hamburg, der sich darüber besorgte, daß die Unternehmer seit der Revolution als Staatsbürger minderen Ranges behandelt wurden! Für den Geist der Versammlung war es bezeichnend, daß auf eine „Feststellung“ des volksparteilichen Abgeordneten Dauch, wonach 62 Proz. der deutschen Bevölkerung trotz der Heranzüchtung der Wirtschaft den Lebensstandard der Vorkriegszeit überschritten haben sollten, der Jurist „Leiber“ erwiderte!

Wenn im weiteren der Generalsekretär des Hanjabundes, Herr Dr. Rosch, erklärte, daß sich leider kein Mensch um die Parolen des Hanjabundes kümmere, so ist dieses Eingeständnis der Schwäche wohl das einzige vernünftige Wort, das gesprochen wurde. Festhalten muß man die Drohung des Herrn Generalsekretärs Rosch, indem er es als das Ziel des Hanjabundes bezeichnete, eine Volks- und Massenbewegung der deutschen Unternehmerschaft zu entfachen, damit — natürlich auf dem legalen Wege des Volkenscheidens — dem Reichstag der Wille der Unternehmer „aufzuzitronieren“ werden könne.

Das Schönste aber an der ganzen Verammlung war ein Ausruf von Herrn Dr. Fischer M. d. R., fürsüßendstlicher Aufsichtsrat und Präsident des Hanjabundes: Das Schlagwort Sozialismus zieht nicht mehr in der Arbeiterschaft. Es ist unsere Aufgabe, diesem hart ringenden Teil des Volkes einen neuen Glauben zu bringen! Wir fürchten, Herr Fischer glaubt, was er sagt.

Kommunistische Gesehmacherei.

Was kommunistische Abgeordnete nicht zu wissen brauchen.

Für die Rastindustrie besteht seit 1916 ein Schachtelsteuerverbot, das 1925 bis Ende 1928 verlängert wurde. In der Rastindustrie sind durch die Ausdehnung mehrere Milliarden nutzlos in Kalkulationen angelegt. Von 229 mit einer Beihilfung ausgeschalteten Werken sind 121 dauernd stillgelegt. Nur 41 Hauptwerke und 19 Nebenwerke sind in Betrieb, 48 Werke wurden nach Einstellung der Förderung als Refinerwerke in Betrieb gehalten. Die vorhandenen in Betrieb befindlichen Anlagen reichen völlig aus, den gegenwärtigen und einen noch erheblich gesteigerten Bedarf zu decken.

Es erschien deshalb notwendig, die Sperrfrist für das Schachtelsteuerverbot zu verlängern. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags stimmte deshalb einer vom Reichsrat verabschiedeten Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums zu. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Sie bezeichnen aber nicht mit damit, daß sie von der Sache nichts verstehen, sondern auch, daß sie sich nicht einmal die Mühe machen, die zur Debatte stehende Materie sich einmal anzusehen. Sie würdigten nämlich im Ausschuß an, daß bei der Beratung der Verordnung im Reichstagsplenum sich gründlich über die Frage ausgesprochen würden. Dabei kommt die Verordnung gar nicht an den Reichstag, sondern erlangt nach Zustimmung des Reichsrats und des Reichstagsausschusses Gesetzeskraft. Das brauchen aber die kommunistischen Ausschußmitglieder nicht zu wissen!

Das Urteil im Modugno-Prozeß.

Starke Entrüstung in Italien.

Das Pariser Schwurgericht hat am Mittwoch den Italiener di Modugno, der den Bischof Cardinal erdrosselt hatte, weil dieser sich weigerte, die Erstellung einer Auferstehungsung aus Italien für dessen Frau zu befürworten, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil, das in Italien als viel zu milde empfunden wird, hat zunächst einen Entrüstungsturm der Faschisten hervorgerufen und in der gestrigen Sitzung der (rein faschistischen) italienischen Deputiertenkammer Anlaß zu einer Protestkundgebung gegeben.

Weil er eine Florettsbüchse besaß, mit der er Kröhen und sonstige Vogeltiere töten wollte, wurde ein deutscher Landwirt von französischen Militärtribunalen in Mainz zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Einig im Haß.

Deutschnationale und Kommunisten höhnen über die Republik.

Immer wieder erlebt man es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, daß Deutschnationale und Kommunisten gemeinsame Sache machen, wenn es gegen die Republik geht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überwies die Versammlung auf Vorschlag des Vizepräsidenten die umfangreiche Vorlage (24 Schreibmaschinenteile) über die

Dauer-Bauausstellung 1930

ohne Debatte dem Haushaltsausschuß. Die Kommunisten erhoben durch den Stadtverordneten Gabel Einspruch gegen die Dringlichkeit, der Protest scheiterte aber an der Einsicht der übrigen Fraktionen.

Eine lebhafteste Debatte ergab sich dann bei der Beratung einer Vorlage, die 110.000 Mark für die Fertigstellung der Bauten auf dem Zentral-Spiel- und Sportplatz in Lichterfelde vorsieht.

Erbau im 10. Jahre der deutschen Republik.

Dieser im Ausschuss angenommene Antrag gab die Veranlassung zu einer ausgebreiteten und heftigen Aussprache. Der Volksparteier Schwarz sprach davon, daß die Inschrift eine Umrahmung erhalten wird, an der die Inschrift keine Freude haben werden.

Kapitalisten sei die Parole im Staate: Profit über alles! Lange polemisierte denn ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

Von dem Demokraten Merlen wurde der deutschnationale Redner ganz gehörig abgeföhrt. Er beschimpfte ihn, daß er sich in liebevollster Gefinnungsgemeinschaft mit Herrn Lange befindet.

als ob er die Stadtverordnetenversammlung mit dem Kaiserhof verwechsle.

Sodanfalls sei das Austraten des Herrn mit Bildung und gesellschaftlichem Umgang unvereinbar. Ehe von solchen Dingen gesprochen wird, soll man sich gefälligst staatsbürgerlich und historisch mit der Materie befassen.

Die Errichtung einer „Jungen Operabühne“ brachte eine längere Aussprache. Genosse Flatau sagte sich für die Vorlage ein, während die Kommunisten Hofmann-Gewinner die Mittel ablehnte.

Eine häßliche Ecke.



Die ewige Hausruine am Bahnhof Kottbusser Tor.

Oper in Schutz. Intendant und Generalmusikdirektor hätten ihr Möglichstes getan um die Oper auf die vorhandene Höhe zu bringen. Die Ueberforderungen des Etats seien in der Hauptsache auf die Erhöhung der Gehälter gerade der niedrig Befohlenen zurückzuführen.

Das Minderwertigkeitsgefühl.

Ein Jahr Gefängnis für die unglückliche Kassiererin.

Das Landgericht III verurteilte die Kassiererin H. wegen fortgesetzter Unterschlagung und fahrlässiger Brandstiftung zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Wie ein Häufchen Unglück sah gestern die angeklagte Kassiererin vor ihren Richtern; blaß, hager mit stark leidendem Ausdruck im Gesicht, sich immer wieder die Tränen trocknend.

Der Tote am Nordhafen — ein Selbstmörder. Im Laufe des gestrigen Tages konnte der Mann, der mit einer Schußwunde in der Stirn an der Sellastraße aufgefunden wurde, einwandfrei festgestellt werden als der Führer der Schinischer aus der Reuen Hochstraße.

40) Soldat Suhren. Roman von Georg von der Brüg.

Er geht voran und wir folgen ihm bekommen wie einem Arzt ins Sprechzimmer. Es geht über Höfe und an einem Zelt vorbei, aus dem elegante Lederkoffer herausschauen wie unbehagliche Instrumente.

„Wir hatten sehr Hunger — da haben Sie uns im rechten Augenblick gespeist.“ Albering drängt: „Gehen wir, der Herr hat zu tun, es warten noch andere Häuser.“

Zweigen und laufen zur Brücke hinunter. Gerade kommen wir noch zurecht, um mit anzupacken, als die Rofa mit Hurra aus dem Sumpf gezogen wird. Die Pferde stehen glitzernd da. Die Soldaten zerstreuen sich.

(Fortsetzung folgt.)



Die
Lohn
Erleichter
für untern
Weil
Verl

**Wir beide sind
fein raus!**

Neue, totschicke, mol-
lige Winter-Mäntel —
einen fächtigen Batzen
dabei gespart — —

allerhand Geld übrig
für Weihnachten — —

Glücklich!!

Sind Sie neidisch? — —

Aber nicht doch! — —
Sie können's doch ge-
nau so gut haben

Einen modernen Win-
ter-Mantel in der schö-
nen zweireihigen, brei-
ten Ullsterform mit
Rund- oder Rücken-
gurt, natürlich in ei-
nem in sich karierten
Stoff, dem auch die
schöne Abseite nicht
fehlt, in guter Pa-
form — ein Mantel,
in dem Sie sich wohl
und behaglich füh-
len werden, bekommen
Sie bei uns schon ab

19⁷⁵

Der moderne fesche
Velours-Mantel
in der geschweiften
Modellform, mit
Opossum-Plüsch
reich verbrämt (hoch-
stehender Rollkra-
gen, hohe Stulpen);
ganz auf Damassee
26⁵⁰

GEHEN SIE

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexan-terplatz

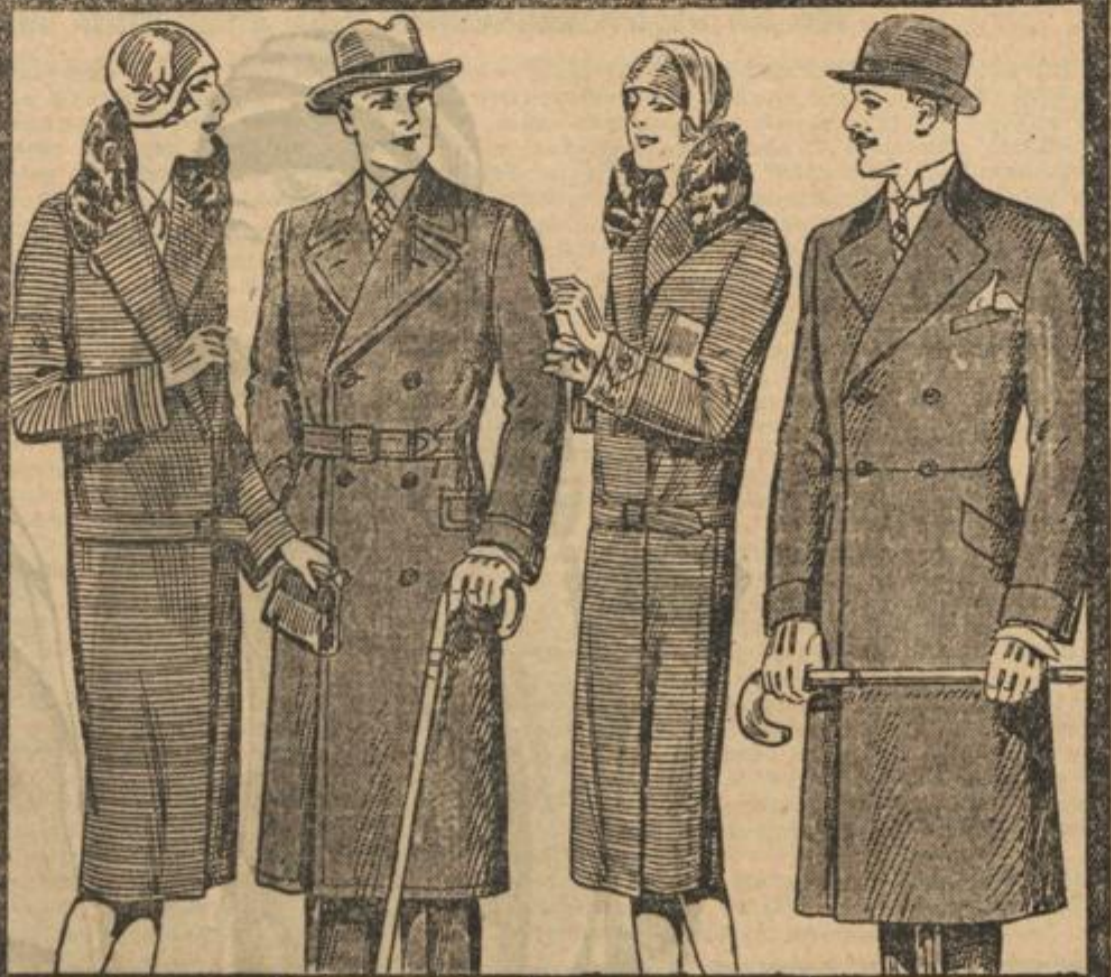


Nachdruck von Wort
und Bild verboten!

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Diese
**Zahlungs-
 Erleichterungen**
 für unseren großen
**Weihnachts-
 Verkauf!**

1/5
 Anzahlung, Rest in
24
 Wochenraten oder 6
 Monatsraten. Bei Ein-
 käufen über 100.-Mk.
 Rest in
32
 Wochenraten oder 8
 Monatsraten
 und dabei die
**fabelhaft
 billigen Preise**
 auf



Jugendlicher Ottomane Mantel marineblau, auf Damassé gefüllt mit schönem Nutriette-Pelzkragen 56,-	Rundgurt-Ulster, flotte Form aus gemustertem Cheviot, gut verarbeitet u. dankbar im Tragen 55,-	Eleganter Ottomane Mantel reine Wolle, ganz auf Damassé gefüllt, großer Bubi Kragen aus Nutriette-Pelz 76,-	Gehrock-Paletot, marengo Melton auf Satinella gefüllt, kadellaser Sitz 75,-
---	--	--	--



Fisches Kleid, reine Wolle, plissierter Stufenrock mit aparter abgetönter Kragen- u. Ärmelgarnitur 25,-	Eleganter Herren Ulster schwere Qualität mit Abseite, gute Verarbeitung in ganz modernen Farbklängen 86,-	Flottes Gesellschaftskleid, Crepede Chine mit Volantröckchen aus guter Spitze in modernen Ballfarben 45,-	Herren-Anzug blau Kammgarn-Twill reine Wolle gute Verarbeitung und Ia Paßform 79,-
--	--	--	---

<p>15,50 Damen-Lackspangenschuh moderne Form mit franz. Absatz</p>	<p>Wir führen: Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion Pelzkonfektion Leinen-, Baumwollwaren, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe Woll- u. Strickwaren Bettfedern, fertige Betten Schuhwaren</p>	<p>18,50 Herren-Halbschuh prima Box calf, Rahmenarbeit, moderne halbrunde Form</p>
<p>22,50 Eleganter Pumps schwarz Wildleder mit franz. Absatz, Ia Qualität mit Lederfütter.</p>		<p>22,50 Eleganter Herren-Halbschuh echt Rahme schwarz Wildleder mit Lackbesatz.</p>

**Teil-
 ZAHLUNG!**

im
**KAUFHAUS
 Modern**

IM OSTEN: Gr. Frankfurterstr. 101
 Ecke Krautstr. Am Straußberger Pl.
 IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72
 Ecke Lenaustr. Nähe Hermann Pl.

Der
 die
 d 2
 9
 verhanbe
 über
 treien.
 Liebe
 si sich
 forgun
 2 8 2
 willigun
 ten G
 8 h e r
 nstl be
 Dou
 megun
 Die
 schiffst
 rnung
 über
 We i n
 25 47 9
 Dtlabr
 Bei
 Die
 nten g
 560
 über 192
 bei 192
 197 195
 Ueber
 ritt, do
 samt er
 29 und
 us ga b
 mis w
 erte sch
 veriden
 nenen f
 roussef
 ist irg
 hung
 ebenen
 n Willi
 Re
 Winsehu
 Um
 rüfber
 ten Spi
 er Ein
 hulle
 Die
 ganc
 unich a
 mberw
 Geltr
 teig
 e früh
 Reich
 schigt
 eigent
 le bei
 orm sei.
 Aus
 nktion
 reien
 eine je
 eichstags
 ung der
 uch di
 klammern
 eter der
 über Bed
 stige Sc
 Träfü
 stige St
 et scho
 Dobar
 chen ari
 rafiende
 rnt hier
 mit wir
 ein einig
 rliche
 eben, die
 flig si
 Dar i
 uch sim
 get. C
 laante
 ten Bot
 ruzische
 waotregi
 ar Die
 uch sich
 tlichen.
 Unabt
 den Bear
 wetzte C
 rmarfid
 men die
 Düllg
 andberg
 t t b e w
 schen We
 der 4
 ergaben
 rgen hir
 gagen.

Die Versorgung der Kriegsopter.

Zahlen, die den Krieg anlagen.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Uebersicht über die Ergebnisse der Zahlung der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen vom Mai 1923 zugehen lassen. Rentenberechtigte Beschädigte waren danach im Mai 1923 761 294 gegen 736 867 im Oktober 1923 und 720 931 im Oktober 1924. Es ist also eine dauernde Steigerung eingetreten.

Ueber die weitere Entwicklung, so heißt es in der Denkschrift, ist sich Sicheres schwer sagen. Nach den Berichten der Hauptversorgungsämter lagen am 30. September 1923 insgesamt 2 826 unerledigte Anträge von Beschädigten auf Bewilligung, Niedergewährung und Erhöhung der Rente vor. Auf den Fall muß im Rechnungsjahr 1923 mit einem weit höheren Zuflusse als bisher gerechnet werden, zumal die Zahl der Abgänge gerade in diesem Jahre außerordentlich gering war.

Vor dem Jahre 1920 dürfte mit einem Stillstand der Aufwärtsbewegung kaum zu rechnen sein. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kapitulanten ist ebenfalls, und zwar wider Erwartung, gestiegen. Es erhielten Versorgung 58 917 Kapitulanten im Mai 1923 gegenüber 55 276 im Oktober 1923 und 50 422 im Oktober 1924. Der Durchschnittssatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit betrug im Mai 1923 47 Proz. gegenüber 46,8 Proz. im Oktober 1923 und 46,3 Proz. im Oktober 1924.

Bei den Hinterbliebenen ergibt sich kein einheitliches Bild. Die Zahl der Witwen hat leicht abgenommen, während andere Zahlen gestiegen sind. Die Zahl der Witwen betrug im Mai 1923 560 gegenüber 361 094 im Oktober 1923 und 364 950 im Oktober 1924. Die Zahl der Hinterbliebenen insgesamt betrug im Mai 1923 1 430 761 gegenüber 1 514 180 im Oktober 1923 und 1 507 125 im Oktober 1924.

Ueber die finanzielle Auswirkung sagt die Denkschrift, daß die Ersparnisse augenblicklich noch sehr gering sind. Inwieweit ergebe sich bei einem Vergleich des Standes vom Oktober 1923 und vom Mai 1923 bei gleichen Rentensätzen eine Mindererausgabe von nur rund 10 Millionen Mark. Ein ähnliches Ergebnis werde auch für die nächste Zeit zu erwarten sein. Späterhin dürften sich der Betrag zweifellos erhöhen, und man werde mit einer jährlichen Mindererausgabe von rund 30 bis 35 Millionen Mark rechnen können. Das Bild verfinstert sich jedoch sofort, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente oder die Rentensätze nicht irgendwie geändert werden. So würde z. B. eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen um 10 Proz. im Augenblick nicht weniger als rund 20 Millionen Mark jährlich erfordern.

Reichstag und Kommunalpolitik.

Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses?

Am Reichstag fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Hübner eine Aussprache zwischen Vertretern der kommunalen Spitzenkörperschaften und Mitgliedern aller Fraktionen wegen der Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses beim Reichstag statt.

Die erste Anregung dazu war bereits auf dem Tag der Städte der Städte tag 1927 gegeben worden. Es ist immer der Wunsch aller kommunalen Spitzenkörperschaften gewesen, die berechtigten Interessen der Gemeinden auch in der Reichsversammlung zur Geltung zu bringen. Da die Reichsversammlung sich im steigenden Umfang ausgedehnt und viele Gebiete, die früher von den Ländern geregelt wurden, jetzt der Zuständigkeit des Reiches unterliegen, so ist dieser Wunsch verständlich und berechtigt. Hinzu kommt, daß insbesondere in der sozialen Fürsorge im steigenden Umfang die Frage aufsteht, ob die örtliche oder die bezügliche Selbstverwaltung die zweckmäßigste Form ist.

Aus diesen Erwägungen sprach sich die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Dr. Herx für die Einführung eines freien kommunalpolitischen Ausschusses aus. Sie wünscht jedoch die Bildung eines festen mit Befehlsgewalt ausgestatteten Ausschusses, der sich mit der Reichsversammlung auseinandersetzen würde. Die übrigen Fraktionen sprachen sich im allgemeinen für die Bildung eines freien Ausschusses aus. Die Vertreter der deutschnationalen und der Zentrumsfraktion äußerten Bedenken, doch darf angenommen werden, daß auch ihre endgültige Haltung zustimmend sein wird.

Präsident Hübner hat die Fraktionen, sich baldigst über ihre endgültige Stellungnahme schlüssig zu werden, damit der Reichstag schon in kürzester Zeit abschließend entscheiden könne.

Die Vorgänge in Kirchhain.

Eine amtliche Mitteilung.

Ueber Vorgänge im Kreise Kirchhain (Regierungsbezirk Kassel) gehen einige Morgenblätter vom 20. d. M. eine nicht in allen Teilen zutreffende Darstellung. Wie dem Kreisrat Preussischen Pressestelle hierzu aus dem Preussischen Ministerium des Innern mitgeteilt wird, ist daran allein richtig, daß in der Tat im Kreise Kirchhain einige nationalsozialistische Gruppen im letzten Jahre militärische Übungen in geschlossenen Verbänden veranstaltet haben, die nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unzulässig sind.

Der Vorstand des Kreises Kirchhain, Herr von Giffa, war durch seine unterstellten Polizeibehörden über diese Vorgänge unterrichtet. Er sah sich nicht veranlaßt, dagegen einzuschreiten, auch verweigerte er, pflichtgemäß die zuständige vorgesetzte Behörde von dem Vorhandensein dieser Vorgänge in Kenntnis zu setzen. Infolgedessen hat sich der Preussische Minister des Innern entschlossen, bei der preussischen Reichsregierung den Antrag zu stellen, den Vorstand von Giffa in die Disposition zu stellen. Die preussische Staatsregierung wird sich voraussichtlich dem Vorschlage des Innenministers anschließen.

Unabhängig von den Maßnahmen gegen den leitenden politischen Beamten des Kreises geht natürlich das ebenfalls bereits eingeleitete Strafverfahren gegen die für die Übungen verantwortlichen Leiter, die sich durch die Veranstaltung dieser Übungen gegen die bestehenden Gesetze vergriffen haben.

Wichtige Zusammenkünfte in Indien. Wie eine indische Korrespondenz meldet, sind anlässlich eines von den Anhängern der Bolschewikbewegung veranstalteten Demonstrationstages gegen die indische Verfassungsreform 36 Demonstranten in Lucknow von der Polizei schwer verwundet worden. Anlaß zu diesem Vorgehen der Polizei hat die Nichtbefolgung der polizeilichen Verfügungen hinsichtlich des für den Demonstrationstag vorgeschriebenen Verhaltens gegeben.

An Trozki's Krankenlager.



Bäterchen Zar: „Sag, Bäterchen Stalin, warum habt ihr mich eigentlich erschossen? Wir wollten doch im Grunde genau dasselbe!“

Arbeiterdemonstration gegen die Tscheta.

Was die Sowjetpresse verschweigt.

Das Reichsorgan des Lenin-Bundes hat aus Rußland neue Informationen erhalten, denen zufolge die Opposition am 11. Jahrestag der Revolution in Städten wie Rostau, Leningrad, Charkow, Baku, Stalingrad usw. Vorstöße unternommen hat. Ueberall in den Revolutionsgedenkenversammlungen der Betriebe hätte die Opposition zu sprechen versucht. Außerdem wären Resolutionen eingereicht worden, die sich gegen die Herabsetzung des Lebensstandards der Industriearbeiterschaft, gegen die Verschlechterung ihrer Lage, gegen die hohen Getreidepreise und gegen den kulakfreundlichen Kurs wandten. Außerdem sei in den Revolutionen Parteidemokratie verlangt worden. Dort, wo es der Opposition gelungen sei, Redner zu lassen, wären tags darauf sämtliche Redner durch die Tscheta verhaftet worden.

In Leningrad wären im ganzen 75 Oppositionelle verhaftet, in Kiew sogar über 100. Als in Kiew die Nachricht von der Verhaftung in der Arbeiterschaft bekannt geworden sei, hätte sich des Proletariats eine große Empörung bemächtigt. Stürmisch sei die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert worden. Aus der dortigen Schiffschifferei sei ein Teil der Belegschaft zum Gefängnis der GPU gezogen. Die Demonstranten wären in das Gefängnis eingebracht, u. a. wären Reden vom Balkon des

Gefängnisses gehalten worden. Um den Eindruck dieser Kundgebung zu zerstören und um es so hinzustellen, als ob die gesamte Belegschaft mit der Demonstration nicht einverstanden sei, hätte das Parteibüro der betreffenden Fabrik drei Belegschaftsmitglieder als Delegation ernannt. Diese Delegation sei vor dem Kiewer Parteikomitee erschienen und habe erklärt, daß die Belegschaft die Demonstration eines „Leibes“ vor dem GPU-Gefängnis verurteilt und mit den Maßnahmen der Staatspolizei gegen die Opposition einverstanden wäre. Daraufhin hätte sich folgendes ereignet: Als die drei Beauftragten der Stalinbureaus in den Betrieb zurückkehrten, wären sie unter dem Jubel der Gesamtbelegschaft verprügelt worden. Es hätte sich spontan ein gewaltiger Demonstrationsszug der rund 2000 Köpfe zählenden Belegschaft der Kiewer Schiffsfabrik gebildet. Der Zug sei vor das Gebäude des Parteikomitees gezogen. Gewählte Delegierte hätten im Namen der Demonstranten die sofortige Freilassung aller Verhafteten verlangt. Die Verhafteten seien inzwischen schon von der GPU nach Moskau verschleppt worden. Ueber diese Demonstration und über die neuen Verhaftungen, denen bereits weitere Verbannungen gefolgt seien, schweige sich die russische Presse völlig aus.

Ratstagung in Lugano.

60 000 Franken Mehrkosten.

Genf, 20. November. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag haben sich zwei höhere Beamte des Völkerbundsekretariats nach Lugano begeben, um die notwendigen Vorbereitungen für die am 10. Dezember beginnende Ratstagung zu treffen. Es handelt sich u. a. um die Unterbringung des Sekretariatsstabes von rund 100 Beamten, wozu die Delegationen der Ratsmächte, wie Pressereporter usw. kommen. Die durch die Verlegung entstehenden Kosten dürften rund 60 000 Franken betragen.

Fürsorge für Oberschlesien.

Beschlüsse des Hauptausschusses des Landtags.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags sind die von der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion eingebrachten Anträge für die Provinz Oberschlesien beraten worden. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, wonach im Benehmen mit der Reichsregierung die Mittel für verstärkte Förderung von Roheisen zu erhöhen werden sollen, damit die aus der Grenzgebung erwachsenen Aufgaben gelöst werden können. Ferner sollen die für Reparaturen nicht verbrauchten Beträge der Provinz zur Verwendung in den Sommermonaten zurückerstattet werden. Die Richtlinien für die Durchführung von Roheisenarbeiten sollen dahin geändert werden, daß auch ausgeführte Roheisenarbeiten zu Roheisenarbeiten zugelassen sind. Auch ein anderer Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die Entschädigung, die das Reich von Polen für die Chorzower Stickstoffwerke erhält, zum Aufbau der ober-schlesischen Wirtschaft verwendet werden soll. Die preussische Regierung soll ferner dahin wirken, daß eine Stilllegung der Donnermarck-Hütte verhindert und die vom Stahlwerkverband initiierte Frachtbestimmung, wonach die ober-schlesische metallverarbeitende Industrie ihre Rohprodukte mit Aufschlagssatz Oberhausen selbst von ober-schlesischen Werken beziehen muß, aufgehoben wird. Schließlich soll alles versucht werden, um die bereits stillgelegte weiterverarbeitende Metallindustrie Oberschlesiens wieder in Gang zu bringen.

Worosschilow gegen Stalin?

Abschwanken zur bauernfreundlichen Gruppe Kalinin-Rykow

Nach Rostauer Meldungen, die von der T. L. verbreitet werden, wird in gut unterrichteten Kreisen erklärt, daß Stalin im politischen Bureau eine empfindliche Niederlage erlitten habe. Worosschilow sei der politischen Gruppe Kalinin-Rykow beigetreten, nachdem er mit seiner Ansicht durchgedrungen sei, wonach die Schlagfertigkeit der Roten Armee, die zu 80 Proz. aus Bauern besteht, davon abhängig sei, in welchem Maße die Sowjetregierung

den Bedürfnissen der Bauern gerecht werde. Der Gruppe Rykow-Kalinin sei es gelungen, Stalin zu Zugeständnissen zu zwingen. Wie schwach der Einfluß Stalins auf die Rote Armee sei, gehe daraus hervor, daß zahlreiche Truppenteile dem Kriegskommissar Worosschilow Aufbaurückstellungen zugestimmt hätten, in denen er als ihr alleiniger Führer anerkannt werde.

Ungeföhnte Vergehen.

Gegen russische Arbeiterinnen.

Das nachstehende Zitat würde zweifellos von der „Roten Fahne“ als „Fälschung“ erklärt werden, wenn es nicht zufällig einem in der „Roten Fahne“ selber abgedruckten Leitartikel der „Pravda“ vom 23. November entstamme. Der Artikel der „Pravda“ behandelt die Zusammenlegung der kommunistischen Parteiliederschaft in Sowjetrußland und betont die Notwendigkeit, den Prozentsatz der betriebsfähigen Arbeiter in der KPSSU von nur 42 Proz. der Gesamtmitgliedschaft auf mindestens 50 Proz. zu erhöhen. Ueber dieses Ziel wird gesagt:

Das bedeutet, durch die Säuberung unserer Reihen von jeglichen untauglichen, entarteten, defizienten Elementen den Anteil der Arbeiter zu erhöhen. Das bedeutet, die noch unberührten Reserven der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen zu erschöpfen, die durch die Fehler und Vergehen einzelner unserer Genossen, die manchmal nicht wieder gutgemacht werden und unbestraft bleiben, vom Eintritt abgehalten werden.

Vergehen gegen Arbeiterinnen? Vergehen von kommunistischen Funktionären? Die „manchmal“ nicht wieder gutgemacht werden und unbestraft bleiben? Waswegen den Arbeiterinnen die Lust zum Eintritt in die alleinstehende KPSSU vergeht? — Das laßt sich klären!

Faschistenmethoden in Jugoslawien.

Stefan Raditsch' Witwe darf nicht ins Ausland reisen.

Belgrad, 20. November.

Wie das Organ der kroatischen Bauernpartei „Kardus Vol“, meldet, hat es die Kragar-Polizei abgelehnt, der Witwe Stefan Raditsch's einen Auslandspaß auszustellen. Frau Stefan Raditsch veröffentlichte dazu eine Erklärung, in der sie sich über diese Freiheitsbeschränkung beschwert und sagt, sie hätte nach Paris zu ihrem Sohne reisen wollen.

Der Alf-Cavell-Film ist vom polnischen Innenministerium verboten worden, weil Polen den Wunsch habe, seine internationalen Beziehungen nicht zu trüben. Die Rechtspreffe greift die Regierung wegen dieser Unzulässigkeit Deutschlands gegenüber heftig an.

Die Ruhrarbeiter zum Kampf.

Bericht der Bezirksleiter.

Bodum, 29. November. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag abgehaltene Delegiertenkonferenz der freien Gewerkschaften nahm eine Entschliessung an, in der es heisst:

Die Gewerkschaften haben erklärt, daß die Regelung der Arbeitszeit ohne Kündigung des Arbeitszeitabkommens Gegenstand von Verhandlungen sein kann. Sie nehmen deshalb Abstand von einer Kündigung am 1. Dezember 1928. Weiter haben sich die Gewerkschaften mit der Verkürzung der Laufzeit des Schiedspruches einverstanden erklärt. Diese Vorschläge haben die Arbeitgeber brüskel abgelehnt. Hierdurch kommt deutlich der wahre Kern des Machtkampfes der Arbeitgeber zum Ausdruck.

Sie wollen den Kampf! Sie wollen nicht allein den Schiedspruch beseitigen, sondern sie wollen jede tarifliche Verbesserung unterbinden. Sie haben die Offensive gegen die Schlichtungsordnung eröffnet unter Nichtachtung von Recht und Gesetz.

Die Gewerkschaften erwarten, daß von der Regierung alle zur Verfügung stehenden Mittel angewandt werden, um diesem gesetz- und rechtswidrigen Vorgehen der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten. Die Arbeiterschaft verteidigt ihre Rechte und ihre Ehre.

Essen, 29. November. (Eigenbericht.)

Von der großen Delegiertenkonferenz der Deutschen Metallarbeiterverbände berichtete Bezirksleiter Wolf-Essen über den Stand der Arbeitskämpfe in Nordwest und über die Düsseldorf-Berliner Verhandlungen. Regierungspräsident Bergemann habe aus eigener Initiative die Vermittlungsverhandlungen angeboten. Bergemann habe in kühner, tatkräftiger Weise die Verhandlungen geleitet. Bergemann habe es zunächst den Parteien überlassen, Vorschläge zu machen. Die Unternehmer forderten wesentlichen Abbau der in dem Schiedspruch festgelegten Regelung, die Arbeiter dagegen:

unbedingte Anerkennung des Schiedspruches.

Beim unter diesen Umständen keine Möglichkeit gegeben schien, hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, mit einigen Beamten seines Ressorts ins Revier zu kommen, um die Parteien zu einer Aussprache zu laden. Großes Befremden habe es bei den Gewerkschaftsvertretern erregt, daß ein Regierungsvertreter versuche, auf die Metallarbeiterverbände dahin einzuwirken, den verbindlich erklärten Schiedspruch zugunsten der Unternehmer abzuändern, unter Hinweis auf die verheerenden Auswirkungen des Wirtschaftskampfes. Diese Art der Beeinflussung hatten die Gewerkschaftsvertreter mit Entrüstung abgelesen. (Anmerkung der Redaktion: Nach unserer genaueren Kenntnis der Dinge hat einer der Ministerialbeamten einen derartigen Vorschlag wohl gesprächsweise geäußert, es ist ihm aber sofort von einem anderen Ministerialbeamten widersprochen worden. Rede und Gegenrede ist nicht während der eigentlichen Verhandlungen gefallen, sondern im Laufe eines allgemeinen Gesprächs am Schluß der Verhandlungen.)

handlungen. Im übrigen halten wir es für außerordentlich bedauerlich, daß solche gelegentlichen Äußerungen in öffentlicher Versammlung fälschlich und einseitig als offizielle Verhandlungen eines Regierungsvertreters hingestellt werden.)

Die Gewerkschaften schlugen dann ein

Prokolloquium bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

über die Rechtsgültigkeit des Schiedspruches vor. Zunächst verlangten die Metallarbeiterverbände bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Lohnbedingungen im Falle der rechtsgerichtlichen Feststellung der Rechtsgültigkeit des Schiedspruches Nachzahlung der Differenz zwischen den alten und den neuen schiedsgerichtlich festgelegten Lohnsätzen.

Nachdem auf Grund dieses Angebotes sich keine weiteren Verhandlungsmöglichkeiten ergaben, übernahm Bergemann diesen Vorschlag als den feinsten mit der Abänderung, daß eine Nachzahlung der Lohnsätzen nicht eintreten solle. Diesem Vorschlag stimmten die Metallarbeiterverbände zu, die Unternehmer lehnten ihn ab. Die weiteren Bemühungen Bergemanns seien trotz der durch das Urteil des Landesarbeitsgerichts zugunsten der Gewerkschaften veränderten Rechtslage infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer, die eine Annullierung des Schiedspruches verlangt haben, erfolglos geblieben.

In seinen weiteren Darlegungen wies Bezirksleiter Wolf auf die verheerenden Auswirkungen der Aussperrung auf das Wirtschaftsleben hin. Nach einer Berechnung unter Zugrundelegung der Annahme, daß 15 Proz. aller Metallarbeiter der Nordwestgruppe Lohnarbeiter sind und bei einer durchschnittlich wöchentlichen Arbeitszeit von 54 Stunden, würden, wenn sämtliche Arbeiter ohne Altersunterschied die Lohnerhöhung von 6 bzw. 2 Pf. erhalten würden,

jährlich 15,2 Millionen M. Mehrausgaben

für die rheinisch-westfälische Metallindustrie entstehen. Die bisher entstandenen Schäden an Produktionsausfall und die durch die Stilllegungen verursachten Sachschäden innerhalb der Betriebe belaufen sich auf ungefähr 100 Millionen Mark wöchentlich.

Zuchtstrafgesetz gegen Aussperrer?

Bodum, 29. November. (Eigenbericht.)

In einer von mehreren Tausenden von Metallarbeitern besuchten Kundgebung des Christlichen Metallarbeiterverbandes sprach in Bodum am Donnerstagabend Bezirksleiter Kurth über die augenblickliche Lage in der Metallindustrie Nordwest. Er erinnerte die Unternehmer, die heute gegen die Bereitstellung von 20 Millionen Mark vom Reich zur Unterstützung der Aussperrten Sturm liefen, an die 715 Millionen Mark, die sie als Entschädigung für ihre Ruhestreikverluste erhalten haben. Er forderte die Verabschiedung eines Strafgesetzes im beschleunigten Verfahren, durch das jeder aussperrende Unternehmer mit Zuchtstrafe nicht unter fünf Jahren bedroht werde. Denn was sich heute nur in der Metallindustrie abspiele, könne sich schon morgen auf allen anderen Arbeitsgebieten, beispielsweise im Berg-

bau ereignen. Dem preussischen Bohlenminister Hirtfelder gebühre für seine tatkräftige schnelle Durchführung der großzügigen Hilfsaktion der Dank aller Beteiligten.

Anmerkung der Redaktion: Es bedarf wohl keines Beweises, daß nicht ein einziger christlicher Gewerkschaftsvertreter im Reichstag einem solchen Gesetz zustimmen würde, ganz abgesehen von den übrigen Abgeordneten der Fraktionen des Zentrum der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei sowie der Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten, denen die christlichen Gewerkschaftsvertreter angehören. Im übrigen weiß Kurth natürlich, daß die Richtlinien gemeinsam von Hirtfelder und Orzeszinski ausgearbeitet wurden.

Sind die Löhne zu hoch? Was für die Wirtschaft untragbar ist.

In den Darlegungen der Unternehmer zur Verteidigung der Ruhrindustriellen sowie im allgemeinen überhaupt zur Verteidigung der Abiehung von Lohnerhöhungen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Löhne seit 1928 oder 1925 weit mehr gestiegen seien als die Preise. Ganz abgesehen davon, daß in diesem Zeitpunkt auch die Rationalisierung durchgeführt wurde und damit eine außerordentliche Leistungssteigerung, die keineswegs mit den Lohnerhöhungen als abgegolten betrachtet werden kann, so geht diese ganze Argumentation bewußt auf einer falschen Basis aus.

Am Ausgang der Inflation befanden sich die Löhne der deutschen Arbeiter auf einem unerträglichem, unmöglichen Hungerniveau. Will man einen Vergleich ziehen, dann muß man ausgehen von den Vorkriegspreisen, der Vorkriegsleistung und den Vorkriegslöhnen und in Vergleichen stellen zu den Preisen, Löhnen und der Leistung von heute.

Gerade die hohe Zahl der dauernd Arbeitslosen beweist, daß zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslöhnen heute ein Abstand klafft, der viel größer ist als er vor dem Kriege war. Der Gewinnanteil des Kapitals, ob er nun sich ausdrückt in dem außerordentlich hohen Zinsfuß des Leihkapitals, in den Rücklagen und Abschreibungen, die gleichfalls heute viel höher sind als vor dem Kriege, dieser Gewinnanteil ist heute ein ungesund hoher, und er ist es in Wirklichkeit für die Wirtschaft untragbar ist und wesentlich dazu beiträgt, daß wir ein riesiges unproduktives Arbeitslosenheer unterhalten müssen.

Während der Inflation sind die Löhne ganz ungeheuer herabgedrückt worden und die Gewinne wurden verschleudert, entweder an das Ausland durch Schleudern von Export oder in unproduktive und unrationelle Neuanlagen, die schnell alles Eisen wurden. Man hat sich die „Sachwerte“ gestürzt, mit dem Erfolg, daß die deutsche Wirtschaft am Ausgang der Inflation eine beispiellose Ruine durchzumachen hatte. Man braucht nur an diese Tatsache zu erinnern, um die Unhaltbarkeit und innere Unwahrheit der Argumentation der Unternehmer aufzuzeigen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust. Seeger; Wirtschaft: Dr. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götter; Arbeiter: Dr. G. Götter; Sozial und Sonstige: Frau Kurth; Anzeigen: Dr. Glaser; sämtlich in Berlin; Verlag: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin; Vertrieb: Paul Singer & Co., Berlin; Anzeigen: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin; „Stahlbeilage“ und „Umstellung und Wägen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.85
- Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knod. 1.00
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund 1.25
- Querrippe Pfd. 0.75 Gulasch Pfd. 0.80
- Gehacktes Pfd. 0.75 Linsen Pfd. 0.92
- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 0.72
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 0.85
- Kalbskeule ganz und gefüllt . . . Pfund 0.95
- Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund 0.98
- Schweinebauch u. Rücken . . . Pfund 1.05
- Schweinekamm u. Diatt . . . Pfund 1.10
- Schweineschinken . . . Pfund 1.15
- Kabier, Speer u. Kamm . . . Pfund 1.20

- Schweinekotelett . . . Pfund 1.35
- Kalbsschnittel . . . Pfund 2.20

Prima Gefrierfleisch

- Suppenfleisch . . . Pfund 0.65
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.70
- Kuh-Euter Pfd. 0.25 Merzen Pfd. 0.60

Wein Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

- San Antonio spanischer Rotwein 1.00
- 1927 Wöllsteiner Rotter Tischwein 1.10
- 1927 Grünstädter Röhl städtiger Pfälzwein . . . 1.35
- 1927 Mandeler Rosengärten blum. Nabew. 1.50
- 1922 Chät. La Grollet Rotter Bordeaux 1.50
- 1926 Niersteiner Berg fruchtig, ansprechend 1.80
- 1926 Clüsserather Königsberg rann. Mosel 1.80
- 1924 Chät. Clarke wälder Bordeaux, feinst 2.00
- 1926 Rudesheimer Rotter Rheingauer 2.00
- 3 ausgesuchte Marken zum Diner:
- 1921 Dürkheimer Hochbenn Kelterung Hoch, schwarzer Pfälzwein 2.75
- 1922 Zellinger Sonnenuhr (Korkbrand Berres Erben) Mosel, spritzig, würzig 2.75
- 1923 Chät. Beydevelle St. Julien, gehaltvoller Bordeaux 1.40
- Feiner Malaga kräftig, süß 1.40
- Wein vom Fass zu Extra-Preisen

Obst

- Amorellenbirnen 25 Pfl.
- Eß- u. Kochäpfel 20 Pfl.
- Tafeläpfel rote, Pfd. 28 Pfl.
- Amerikaneräpfel 38 Pfl.
- Kronzeigen Pfd. 28 Pfl.
- Mandarinen Pfd. 35 Pfl.
- Haselnüsse neue, Pfd. 48 Pfl.
- Walnüsse neue, Pfd. 58 Pfl.
- Ananas Pfd. von 95 Pfl. an
- Apfelsinen Dn. 60, 80 Pfl.

1a Tafeläpfel

Edelrot und Champagner-Rosetten
Kiste ca. 46 Pfl. brutto 13.50

Gemüse

- Weißkohl dtm. Pfund
- Wirsingkohl 1/2 8 Pfl.
- Rotkohl holländ. 8 Pfl.
- Möhren gewaschen, Pfd. 9 Pfl.
- Rote Rüben Pfd. 10 Pfl.
- Bayr. Rettiche st. 10 Pfl.
- Sellerie . . . Pfund 22 Pfl.
- Rosenkohl . . Pfund 24 Pfl.
- Schwarzwurzeln 36 Pfl.

Kartoffeln
Winterrolle, Zentner 3.50
Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 50 Pfl. Aufschlag, Sackpfund 80 Pfl.

Kaffee

- frisch gebrannt, eigene Röstarrei
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. . . 2.60
- Sonder-Misch. Pfd. 3.00
- Olympia-Misch. Pfd. 3.40
- Globus-Misch. Pfd. 3.80
- Residenz-Misch. . . 4.20
- Spezial-Mischung 4.20
- Bohnenkaffee 67 Pfl. 40% . . . 1.10

Geflügel u. Wild

- Suppenhühner . . . Pf. 95 Pfl.
- frisch geschlachtet, Pfd. 1.05
- Puten . . . Pfund 1.05
- Bratgänse Pfd. 1.00 an
- Fellgänse . . . Pfund 1.15
- Gänse Warlebrucher, Pfund 1.25
- Poulets kleine Pfd. 1.25 1.40
- Enten (junge Pfund) 1.25 1.40
- Rehragoul Pfund 28 Pfl.
- Hirschblätter Pfund 80 Pfl.
- Rehblätter . . Pfund 1.10
- Hasen, Kaninchen gestr., ausgeworfl., Pfd. 1.00 1.25

Fische

- Schellfische . Pfund 22 Pfl.
- Goldbarse . . Pfund 28 Pfl.
- Kabeljau ohne Kopf, Pfund 28 Pfl.
- mit Kopf, Pfund 28 Pfl.
- Fischfilet . . . Pfund 48 Pfl.
- Zander gelber, Pfund 60 Pfl.
- lebende, Pfund v. 95 Pfl. an
- Karpfen

Wurstwaren

- Rot- u. Dampfurst hannoversche, Pfund 1.10
- Leberwurst Rostocker Pfund 1.25
- Jagdwurst . . Pfund 1.45
- Mellwurst Braunschwe. Art, Pfund 1.45
- Schinkenpolische 1.55
- Filetwurst . . Pfund 1.55
- Leberwurst feine, Pfd. 1.80
- Pökelfleisch gelocht 1.80
- Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund 1.75
- Speck fett 1.40 Pfund 1.50
- Schinkenspeck Pfd. 1.80
- Suppschinken ca. 2 Pfd. schwer, Pfd. 2.10
- Kleinste, Kettwurst Str. Marzell: Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
- Bierwurst . . Pfund 1.70
- Teewurst . . Pfund 1.70

Käse u. Fette

- Camembert vollfett, Schachtel 20 Pfl. 6 Portionen 75 Pfl.
- Limburger halbfett . . 45 Pfl. 55 Pfl. vollfett . . Pfd. 1.10
- Holländer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . Pfd. 1.18
- Edamer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . Pfd. 1.18
- Steinbuscher dreiviertelfett, Pfd. 82 Pfl. vollfett . . Pfd. 1.12
- Schweizer dtm., dreiviertelfett Pfd. 98 Pfl. bayr., vollfett Pfund von 1.35
- Sleppenkäse halbfett Pfund 82 Pfl.
- Tilsiter vollfett, Pfd. 1.15 halbfett ohne Rinde, Pfd. 88 Pfl.
- Emmentaler vollfett, ohne Rinde Pfund 1.25

Beste Qualitäten:

- Margarine Pfd. 52, 58 Pfl.
- Kokosfett Pfd.-Tafel 62 Pfl.
- Schweineschmalz 74 Pfl.
- Tafelbutter . . Pfund 2.18
- Dänische Butter Pfd. 2.36

Konfitüren

- Konsum-Keks Pfund 90 Pfl.
- Krem-Schokolade 3 Tafeln à 100 Gramm 45 Pfl.
- Vollmilch-Schokolade 3 Tafeln à 50 Gramm 85 Pfl.
- Olympia-Blockschokolade Pfund 1.15

Zum Weihnachtsfest: Lebkuchen, Marzipan und Schokolade

Konserven

- Karotten ganze, 1/2 D. 0.60 geschliffen 0.42
- Sellerie 1.00 Spinat . . . 0.48
- Brechbohnen 0.50 I. Sorte . . . 0.75
- Haushaltgemüse 0.75
- Lebziger Allerlei 0.90
- Erbsen mittelfein 0.78 Gemüsesorten 0.50
- Spargel (Bruch) 3.10 (Stangen) 2.95
- extrastark mittelfeinstark
- Apfelsmus 5 kg Dose 3.60 0.72
- Pflaumen Dose 0.62 mit Stein . . . 0.65
- Mirabellen, Birnen halbe Frucht 1.00
- Ananas Hawaii, 1 schreiben 1.05
- Sauerkirschen, Südkirschen 1.05
- Aprikosen-Pulp 5 kg Dose 4.80
- Senfgurken 5 kg Dose 4.25
- Crab meat dem Hummer ähnlich 2.25 4.25
- Walsardinen 1/2 Kubd. 0.35 1/2 Kubdose 0.42
- Brat- u. Bismarckheringe, 11/2 l.-Dose
- Hering in Gelee, Rollmops 90 Pfl.

Konfitüren 1/2 Elmer

- Pflaumen 0.98 Aprikosen 1.10 Orange, Johannish. 1.15 Erdbeer 1.30 Kirsch 1.35
- Bienenhonig 1/2 kg Glas 1.20 1 kg Glas 2.25

Räucherwaren

- Fettbücklinge 48 u. 60 Pfl. Spalten Original- 58 Pfl.
- Schellfische Pfund 42 Pfl. Spickaaale Kirschen Eund
- Kieler Bücklinge 58 Pfl. Pfund von 2.85 38, 45 Pfl.

Bäckartikel

- Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
- Auszug-Mehl 20, 22, 24 Pfl. Sultaninen 38, 52, 65 Pfl.
- Kartoffelmehl Pfd. 22 Pfl. Rosinen Pfd. 45, 60, 68 Pfl.
- Maispuder Pfund 28 Pfl. Korinthen Pfd. 68, 78 Pfl.
- Weizenpulver Pfd. 42 Pfl. Orangeal . . Pfund 1.20
- Blauer Mohn Pfd. 44 Pfl. Zitronal Pfund 1.35
- Mandeln 100 u. bitter, Pfd. 2.30 2.90 Bourbon-Vanille . . Pfl.
- Kokosnuß Pfund 60 Pfl. Stange von 10 an
- Mandelio Pfund 68 Pfl. Vanillinzucker . . 20 Pfl.
- Bäckpulver 5 Beutel 30 Pfl.

Die Entlastungsoffensive geht weiter.

Auch im Münsterland Kündigung.

Bochum, 29. November. (Eigenbericht.)

In Verbindung mit der Kündigung des Lohnabkommens in der Münsterländischen Metallindustrie hat der Verband...

Will die Arbeiterchaft den Weg der Lohnkürzung für die Zeit sinkender und auf dem Tiefstand befindlicher Konjunktur nicht gehen, dann muß erwogen werden, ob den Betrieben in anderer Weise eine Erleichterung geschaffen werden kann.

Der Verband Münsterländischer Metallindustrieller würde einen Ausweg darin erblicken, daß an Stelle einer Lohnherabsetzung für die Zeit sinkender und auf dem Tiefstand befindlicher Konjunktur die jetzige Lohnhöhe auf längere Zeit garantiert würde. Eine solche Garantie ermöglicht den Betrieben Abschüsse mit ihrer Kundschaft auf längere Sicht, während die Möglichkeit vierteljährlich eintretender Lohnänderungen die Realisation äußerst erschwert und viele Geschäfte unter Kreditgewährung an die Kundschaft mit langen Lieferfristen unmöglich macht.

Um mit den Gewerkschaften zu verhandeln, ob der eine oder andere Weg beschritten werden soll, kündigt der Verband Münsterländischer Metallindustrieller hiermit das am 31. Dezember 1928 abzulaufende Lohnabkommen.

Folgen der Aussperrung.

Überall Stilllegungen.

Bochum, 29. November. (Eigenbericht.)

Regierungspräsident König-Arnberg teilt uns mit: Durch die Auswirkungen der Aussperrung innerhalb der nordwestlichen Gruppe wird auch die Industrie des Sauerlandes (Münster-Beyler) mittelbar schwer betroffen. Ein großer Teil der dortigen Fabriken und Unternehmungen, auch soweit sie nicht unmittelbar zur Arbeitgebergruppe Nordwest gehören, ist als weiterverarbeitender Industriezweig indirekt durch Auslieferung oder Ablieferung von der Nordwestgruppe abhängig. Die Aussperrung müßte also dort teils Mangel an Rohstoffen, teils Abnahmangel zeitigen, in dessen Gefolge eine mit der Dauer der Aussperrung sich steigende Stilllegungsliste eintritt. Bisher haben unter Berufung auf den Kampf in der nordwestlichen Gruppe 15 Betriebe des Kreises Mena Stilllegungsanträge gestellt.

Reichskonferenz der Postler.

In der am Mittwochmorgen um 10 Uhr begonnenen Sitzung wurde eine umfangreiche Arbeit erledigt. Das war möglich geworden durch eine sehr gute Vorbereitung in den Ausschüssen, die am Dienstagmorgen die große Zahl von Anträgen überprüften und zu Entschlüssen bearbeitet haben, die nun der Konferenz als Ergebnis der Ausschussberatungen vorlagen. Sämtliche Entschlüsse wurden dem Vorschlag der Ausschüsse gemäß angenommen.

In der ersten Entscheidung betreffend Besoldung mocht die Organisation sich die Forderungen des ADP zu eigen, die in der Eingabe an den Reichsminister der Finanzen am 9. November d. J. aufgestellt wurden. Die Reichsleitung der ADP wird beauftragt, gemeinsam mit dem ADP eine alsbaldige Revision des Besoldungsgesetzes anzustreben.

Die zweite Entscheidung betrifft Entschädigungen für den Dienst entstandene Mehrausgaben und sonstige Vergütungen. Die Reichskonferenz stellt mit Bedauern fest, daß Verhandlungen wegen Änderung der Reisekostenverordnung bisher nicht stattgefunden haben, und ersucht die Reichsleitung, mit Nachdruck dafür einzutreten, daß endlich eine gerechte Abgeltung der Mehrausgaben erfolgt und eine erhebliche Erhöhung der sonstigen Vergütungen vorgenommen wird.

Eine weitere Entscheidung wurde angenommen betreffend Personalordnung. Darin wird eine Reihe von Forderungen gestellt, die insbesondere darauf ausgehen, die Posthelfer auf stän-

digen Dienstposten ins Beamtenverhältnis zu überführen, die Einstellung von Postlehrlingen möglichst einzuschränken, die Diätäre in kürzerer Zeit ins planmäßige Beamtenverhältnis zu übernehmen und die Beförderung der unteren Beamten in die mittleren und gehobenen mittleren Beamtenstellungen zu beschleunigen.

Die Entschlieung 4 betrifft das Prüfungswesen. Es wird gefordert, daß die Beamten des unteren Dienstes sich nach erfolgter planmäßiger Einstellung zur Ablegung der Assistentenprüfung melden können und daß sie innerhalb drei Monaten nach erfolgter Meldung zur Prüfung zugelassen werden.

Die Entschlieung 5 betrifft das Beamtenrecht. Es wird darin gefogt, daß das geltende Reichsbeamtengesetz sowie die Erlasse über Beamtenvertretungen keineswegs dem Wesen des Volksstaates entsprechen.

Entschlieung 6 betrifft die Arbeitszeit. Es wird verlangt, daß das Höchstleistungsmag auf 48 Stunden in der Woche festgelegt wird. Entschlieung 7 betrifft Erholungsurlaub, Entschlieung 8 die Dienstkleidung. Weitere Entschlüssen beziehen sich auf die Fragen der Bahnarbeiter und fordern von der Reichsleitung der ADP, daß sie den Tarifvertrag für die Arbeiter zu dem nächstzulässigen Termin kündige und bei den kommenden Tarifverhandlungen für eine Reihe von Forderungen eintrete, an deren Spitze die Forderung nach der 48-Stunden-Woche steht.

Die Konferenz nahm einen außerordentlich zufriedenstellenden Verlauf. Nach der Neuwahl der Reichsleitung, die einstimmig erfolgte, wurde mit dem Abhängen der Internationale und einem Hoch auf die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft und die internationale Arbeiterbewegung die Konferenz geschlossen.

Aufstieg der Gewerkschaften.

Bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern.

Vor dem Zusammenschluß der vier Verbände der Bäcker, Brauer, Fleischer und Böttcher zu einem einheitlichen Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter befürchteten manche Genossen, daß die Einheitsorganisation nicht die Werkkraft haben werde wie die einzelnen bisherigen Berufsorganisationen. Diese Befürchtungen haben sich als gegenstandslos erwiesen. Dies zeigt deutlich der Geschäftsbericht, den der Vorsitzende der Berliner Dreiverwaltung Hodapp für das 2. und 3. Quartal in der jüngsten Generalversammlung im Rosenhaller Hof erstattete. Bei der Versammlung am 1. April zählte die Organisation in Berlin 13 706 Mitglieder, am Schluß des 3. Quartals waren es bereits 16 080 Mitglieder. Die Mitgliederzunahme hält auch im 4. Quartal an, in dem der Dreiverband bereits schon wieder 936 neue Mitglieder zugeführt worden sind.

Bahnbewegungen wurden in der Berichtsperiode insgesamt 17 geführt, in 5 Fällen mußte der Streik einsetzen. Für die

Advertisement for 'Unschlagbar' (Unbeatable) featuring a woman in a coat and hat, with text about quality and price.

Advertisement for 'Baldarin' medicine, claiming to provide healthy sleep and strong nerves.

Large advertisement for 'EOS' shoe polish, showing a tin of 'No. 1' polish and a large '15' price tag, with the text 'Der elegante Schuhputz'.

Large advertisement for 'Sonderangebot in Wintermänteln' (Special offer in winter coats) by 'BAER SOHN & BERLIN', featuring illustrations of men in various styles of coats and a list of prices.

21 672 daran Beteiligten wurde eine durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung von rund 4 M. erzielt. Für 850 Arbeiter und Arbeiterinnen der Brauereien könnte eine Arbeitszeitverlängerung von 1 1/2 Stunden durchgesetzt werden.

Der Sozialistenbestand ist nach dem vom Genossen Barth erläuterten Rapportbericht infolge von Neuanwerbungen, Umbauten usw. im Laufe des 2. Quartals von 47 290 auf 28 784 M. heruntergegangen, konnte aber bis zum Schluß des 3. Quartals schon wieder bis auf 37 751 M. gebracht werden.

Genosse Sadapp war zum Schluß seines Berichts selbstverständlich auch auf den Ruhrkonflikt und das gewerkschaftsfeindliche Eingreifen der SPD. in diesen Kampf eingegangen. Seine scharfe Abfrage an die kommunistischen Freibeuter lief die Opposition natürlich auf den Plan, die sich aber scheinbar in der größten Rolle des Fürsprechers der Unorganisierten nicht sehr wohl fühlten. Es gab nur eine Ruhrkampfbildung, aber keine Geschäftsberichtsdebatte. Gegen 13 kommunistische Stimmen wurde eine Sympathieentscheidung für die Ruhrarbeiter angenommen.

Nach kurzer Debatte genehmigte die Delegiertenversammlung das neue Ortsstatut.

Für die I.A.H. ist Geld da. Für Pensionäre, Witwen und Waisen nichts.

Wie in allen Reichsbahn-Ausbesserungswerken, besteht auch im Werk Berlin ein Kantinenbetrieb, der nach Vereinbarung mit der Verwaltung als „Wohlfahrts-Einrichtung“ gedacht ist und dessen Ertrag oder Ueberschuß nach § 2 der selbstgeschaffenen Geschäftsordnung für Weihnachtsunterstützungen der Pensionäre, Witwen und Waisen verwendet werden muß. Während sich in den Kantinen Pensionäre, Witwen und Waisen wenigstens einen kleinen Rest erhalten, der auch Zeugnis davon ablegt, daß die noch in Arbeit stehenden Kollegen sich der Notleidenden annehmen.

Bemerkenswert erscheint es nun, wenn die Pensionäre und Witwen in diesem Jahre eine Mitteilung erhielten, in der es heißt: „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Weihnachtsunterstützungen aus dem Ueberschuß der Kantine nicht mehr

gezahlt werden können. In dauernder Verringerung der Arbeiterzahl und des Arbeitsordens der in unserem Werk beschäftigten Arbeiter verringern den Umsatz und nehmen den Verdienst der Kantine; die Zahl der Pensionäre und Witwen dagegen wird immer größer.“

Dieses Schreiben ist mit Zustimmung des ganz besonders „revolutionären“ Betriebsrates den notleidenden Arbeitsinvaliden zugegangen. Sicherlich hat dieses Schreiben so manche leise gehegte Weihnachtshoffnung zerstört. Abgesehen von der sonderbaren „kommunistischen“ Behandlung einer solchen betrüblichen Angelegenheit könnte, wenn die Verhältnisse wirklich so schlecht sein sollten, gegen eine Verminderung oder einen teilweisen Ausfall der Unterstützungsbeträge nichts gesagt werden. Aber dem ist nicht so; denn der kommunistische Vorsitzende, Franz Schiemenz, hat es fertiggebracht, in seinem kommunistischen Betriebsrat beschließen zu lassen, 300 Mark der „I.A.H.“ zu überweisen, und bereits eine halbe Stunde später hatte das Geld seine Reise zur „I.A.H.“ schon angetreten.

Während man die zur Unterstützung der Pensionäre und Witwen gesammelten Gelder diesen Unterstützungsberechtigten parienthält, wird ohne Bedenken ein ganz erheblicher Betrag in den unergründlichen Topf der „I.A.H.“ geworfen. Verwunderlich ist es nur, daß die Belegschaft eines Werkes, das noch immerhin weit über 1000 Mann zählt, sich eine solche Interessenerretzung gefallen läßt.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Sprechstunde der Jugendzentrale im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24 bis 26, Zimmer 14. Die Theaterkarten der Volkshausvorstellung am 2. November 1928 sind heute von den Gruppenleitern abzugeben. Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Nordring: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20, Gruppenleiter in Wort und Schrift. — Juppelplatz: Jugendheim, Schulstraße Ecke Turiner Straße, Berliner Abend. — Hermannplatz: Jugendheim, Sandstr. 11, Ecke Dohrenstr., Mitgliederversammlung: „Das neue Bühnenbild“. — Ostkreis: Jugendklub, in der Schule Schornsteinfeger, Adema, „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“. — Westkreis: Jugendklub, in der Schule Schornsteinfeger, Adema, „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“. — Westkreis: Jugendklub, in der Schule Schornsteinfeger, Adema, „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“. — Westkreis: Jugendklub, in der Schule Schornsteinfeger, Adema, „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Wahlkreis Ost:** Jugendheim, Schulstraße 14 (Zimmer 8), Vortrag: „Soziale Erziehung“. Referent: Maxine Schulze-Jensel. — **Wahlkreis Mitte:** Jugendheim, Sonnenburger Straße, Vortrag: „Berlin am Reich am Großstadt“. Referent: Georg Heilmann. — **Wahlkreis West:** Jugendheim, Schulstraße 14, Vortrag: „Internationale Wirtschaftsprobleme“. Referent: Erwin Duppel.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Einfachungen für diese Rubrik nur an das Jugendreferat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Vorleser-Konferenz, Montag, 3. Dezember, pünktlich 19 1/2 Uhr in der Aula der Schule Kochstr. 13.
Heute, Freitag, 30. November, 19 1/2 Uhr:

Wahlkreis Ost: Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“ — **Wahlkreis Mitte:** Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“ — **Wahlkreis West:** Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“

Wahlkreis Ost: Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“ — **Wahlkreis Mitte:** Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“ — **Wahlkreis West:** Beim Gildesbrücker, 11, Vortrag: „Was ist die I.A.H.“



Grammophon

Die Stimme seines Herrn

Berühmte Künstler, Virtuosen, Dirigenten, Orchester, Chöre, Tanzkapellen usw. hören Sie auf unseren

elektrischen Neu-Aufnahmen „Polyfar“

Bereitwilliges Vorspiel in allen unseren offiziellen Verkaufsstellen. Deutsche Grammophon-Aktiengesellschaft

Mk. 3.50

25cm Ø

oder

Mk. 5

30cm Ø

doppelseitig

„Grammophon“-Sprechapparate auf 12 gleiche Monatsraten

GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS
189 FRIEDRICHSTRASSE 189 • BERLIN W • 14 TAURIZENSTRASSE 14

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 30. 11. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 153 19 1/2 Uhr	Freitag, d. 30. 11. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr
Maskenball	Mondnacht
Staats-Oper A. v. d. Reub. 20 Uhr	Salome

Staatl. Schiller-Theater, Charitb. 20 Uhr
Der Londoner verlorene Sohn

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

Friederike

Musik von Franz Lehár
Käthe Dorsch
Richard Tauber
Hilde Wörner • Welpermann
Krenscholtz • Sternburg
Dora Reg. Limburg
Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet.
Telephone: Zentrum 378 u. 9393

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lotharstr. 37.
Der neue Posse-Schlager!
August, die Kanone!
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers. (Famulus) nur 1.15 M., Sessel 1.65 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Volksbühne
Theater am Schloßplatz
Täglich 8 Uhr
Macbeth

Theater am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Der Londoner verlorene Sohn

Staatsober am Platz der Republik 8 Uhr
Salome

HALLER-REVUE
„Schön und schick“
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonnabend 3 1/2, U. kleine Preise
Frau Holle.

Thalia-Theater
residenzstr. 72-74
8 Uhr
Schneider Wibbels Auferstehung

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert

Der Dickkopf
Sandrock, Landstr. 50/51a

Komische Oper
James-Klein-Revue:
Tausend Frauen!
Die große Revue der „Frieden Liebe“
Parkett nur 4.50 Mk.

Parkett 30 Pf. im Walhalla-Theater-Varieté!

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul E. er. Regie: Gust. Hartung

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Mein Mann fliegt in Paris
von A. Landsberger mit **Brika Gössler**
Sonnab. u. Sonntag nachmittag
Knecht Rupprecht
Rundfunkhörer halbe Preise

Reichshallen-Theater
Abends 8 1/2, Sonnt. nachm. 3
Stelliner Sänger
Zum Schluß:
Hamlet im Heringsladen
Burleske v. Meyssel
Ludwig, Walter, Preuss, v. d. V. u. a.
Varieté-Konzert-Tanz

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpt. 1607
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr ermäß. Preise
Elite-Sänger
„Die drei Gensersche Dichter“
Stammstück „Hutlos“
Montag 8 Uhr für die d. 3. Dez. **Benefiz** Mitglieder Das große Weihnachtsprogramm!

SCALA
8 Uhr 8 1/2 Barbato 9258
Heute zum letzten Male!
Jack Hyton, der unumstrittene Jazz-König Europas, mit seinen 18 Solisten im Rahmen des intern. November-Programms
Sonnabend und Sonntag
Das neue Programm
Je 2 Vorstellungen
8.30 und 8 Uhr. — 8.30 zu ermäßigten Preisen.

Winter Garten
Täglich 8 Uhr. Rauch u. gestaut
Heute, zum letzten Male 4 Runaways
Original englisches Terrier-Rennen und die übrigen November-Sensationen
Morgen Premiere Sensation auf Sensation mit **Piletto**
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 8.30 und 8 Uhr 8.30 kleine Preise

Die Herzogin von Chicago
Oper von Emmerich Kálmán
Lesing-Theater 8 1/2 Uhr
Alb. Bassermann, Lucie Mannheim
„Der Lamberthier“
Drama von Louis Verneuil



Teilzahlung

Elegante **Herren-Moden**
fertig und nach Maß

garantiert für tadellohen Sitz und Verzierung.

Nur Qualitätsware zu konkurrenzlos billigen Preisen

erbitten Sie nur in der

Maßschneiderer J. Kurzberg

Oranienstraße 160 und Chausseestraße 1 Eingang Kleiser Straße.
Kein Waren-Kredithaus, Aeltestes Spezialgeschäft.

CASANOVA
mit Michael Bohren, Regie: Charrell
Sonntag 3 Uhr. Nachmittags-Vorstellung, z. halb Preise (angekürzte Vorst.)

CIRCUS BARUM
Massiver Winterbau m. Dampfheizung
Bis. Neukölln, Röll. 14 Uhr
Tgl. 8 Uhr abds. Ein Programm wie es der Berliner sehen will

Deutsches Theater
Norden 12 310
AU, Ende nach 10 1/2
Die Verbreiter
Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 12 310
9 1/2 U. Ende geg. 10
„Ehen werden im Himmel geschlossen!“
Komödie von Walter Hasenclever
Regie: Forster Larrinaga

Die Komödie
Bismarck 2414/710
8 1/2 U. Ende 10 1/2
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie: Forster Larrinaga

KLEINE ANZEIGEN
In der Gränzeblöde der „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Am 27. November verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager der 2. Vorsitzende des Betriebsrats
Heinrich Gierhard
Seit Jahrzehnt in der Arbeit bewegend stehend, hat er bis zum letzten Arbeitstage die Interessen seiner Kollegen wahrhaftig bewahrt.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Be. rieb., Arbeiter- und Angestelltenrat des Bezirksamt Kreuzberg.
El. -sicherung Sonnabend, den 1. Dezember, 18.30 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg.

Arbeiterschaft und Ambulatorien.

Eine geschichtliche Darstellung.

Im Sommer 1923, als der Wert der Mark mit rasender Geschwindigkeit in den Abgrund sank, erließ der Reichstag das sog. Ermächtigungsgesetz. Auf Grund dieses Gesetzes erließ die Reichsregierung unter dem 30. Oktober 1923 die sog. „Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen“, in deren § 1 es heißt:

„Die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte sind verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, die erforderliche Behandlung insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Leistungen sowie der Verschreibung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln auf das notwendigste Maß zu beschränken und bei Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe herbeiführen kann. Sie haben dabei die Richtlinien zu beachten, die der auf Grund einer besonderen Verordnung über Ärzte und Krankenkassen ernannte Reichsausschuß festsetzt oder die der Kassenvorstand nach Anhörung von Sachverständigen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse aufstellt.“

Der Kassenvorstand ist berechtigt, die Ärzte auf Verstöße gegen die Vorschriften in Absatz 1 hinzuweisen und ihnen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vertragsbestimmungen bei gleichwohl wiederholter Verletzung dieser Verpflichtungen fristlos zu kündigen und bis zur Dauer von zwei Jahren die erneute Zulassung zur Tätigkeit bei der Kasse zu verweigern. Dem Arzt muß vorher Gelegenheit zur Reue gegeben werden.“

Diese Verordnung, die allen solche Rechte in die Hand gab, und das sind in den Augen vieler Ärzte die Kassenvorstände, verleiht, wenn auch nur so eine Aufrechterhaltung der Krankenversicherung möglich war, gegen die „Ehre und Standeswürde der deutschen Ärzteschaft“, wie die Ständevertretung angab. Obwohl noch am 29. November 1923 durch eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung, die durch Vermittlung des Leibarztes des Reichspräsidenten zustande kam, die fristlose Entlassung nur durch eine Entscheidung des Uebervorschauungsausschusses ausgesprochen werden kann, bestand der unter deutscher nationaler Führung stehende Leipziger Verband auf der fristlosen Kündigung aller mit den Kassen geschlossenen Verträge zum 1. Dezember 1923. Der Einwand prominenter Berliner Ärzteführer, daß dieser Kampf gegen die Reichsregierung nur zu einer Niederlage führen könne, wurde von Leipzig nach berühmten Vorbildern mit der Erklärung abgetan, die an die Landesverbände hinausgegangenen Aufforderungen zur Kündigung können nicht mehr wegen der Kürze der Zeit zurückgenommen werden. Es muß festgestellt werden, daß der Ärztesitz nicht wegen zu schlechter Bezahlung der Kassenzurück erklärt wurde. Nach der fristlosen Kündigung behandelten die Ärzte die Kassennutzberechtigten als Privatpatienten und verlangten von ihnen bei sofortiger Barzahlung, Kampfstunden, d. h. ein Mehrfaches der in der preussischen Gebührenordnung für die Versicherungsträger vorgeschriebenen Rindesätze. Da die Kassen ihren Mitgliedern die Auslagen nicht voll zurückerstatten konnten, gab es die schlimmsten Auftritte vor den Schaltern. Der Zweck dieser Kampfkosten war, die Kassen finanziell zu ruinieren und ihre Mitglieder aufzuheben, was besonders von kommunistischer Seite durch die Gründung eines Verbandes der Mitglieder der Ortskrankenkassen versucht wurde. Dem konnte der Kassenvorstand nicht untätig zusehen, und er mußte zur Selbsthilfe schreiten, d. h. in eigenen Räumen festbesoldete Ärzte zur Behandlung seiner Mitglieder beschäftigen. So entstanden die Berliner Kassenambulatorien.

Inzwischen waren bei den Uebervorschauungsämtern und beim Reichsversicherungsamt Schiedsämter gebildet worden, um für die Zukunft einen neuen vertraglosen Zustand zwischen Krankenkassen und Ärzten zu vermeiden. Wesentlich ist, daß bei ihren Schiedssprüchen sowohl das Schiedsamt beim Uebervorschauungsamt Berlin als auch das Reichsschiedsamt die Ambulatorien als eine feststehende Tatsache betrachteten. Andererseits zeigt aber die jetzige Entscheidung des Reichsschiedsamtes, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegt, daß es sich doch nicht über das Wesen der ärztlichen Versorgung in den Ambulatorien klar ist, denn sonst hätte es nicht den folgenden salomonischen Spruch fällen können:

„Die Beschäftigung der Ärzte in den Ambulatorien Groß-Berlins ist derart zu ordnen, daß allen zur Krankenpraxis in Groß-Berlin zugelassenen Ärzten die Möglichkeit gegeben wird, in einem bestimmten zeitlichen und persönlichen Bescheide in den Ambulatorien tätig zu werden.“ Dieser Schiedsspruch gab also den etwa 4000 Kassenzurückgekehrten das Recht, in den 38 Ambulatorien zu behandeln. Ob dabei an die Ärzte Nummern verteilt werden sollten, wann sie

mit ihrer Behandlung beginnen können, oder ob Kreisbesuche auf dem Boden des Behandlungsraumes des einen Arztes von anderen abgrenzen oder wie sonst die Tätigkeit geregelt werden sollte, überließ das Schiedsamt den Parteien. Nach einem solchen Schiedsspruch, der so elementar das Wesen und die Bedingungen des Ambulatoriumsbetriebes verfaßte, blieb den Kassen zur Rettung ihrer Einrichtungen nichts übrig, als auf die Forderungen der Ärzteschaft einzugehen, ihre Mitglieder aus den Ambulatorien zu verbannen und alle Ambulatoriumsärzte, soweit sie nicht nach § 626 BGB angestellt sind, zum Ablauf ihres Vertrages zu kündigen. Andererseits werden die neuereinstellenden Ärzte nur ein halbes Jahr entweder vormittags von 9—1 Uhr oder nachmittags von 4—7 Uhr beschäftigt. Da 1929 die meisten Verträge ablaufen, werden fast nur noch Zeitärzte tätig sein. Daß dadurch jede fürsorgliche und vorbeugende Tätigkeit, es sei nur an wiederholte Untersuchungen einer Familie bei Feststellung einer offenen Tuberkulose bei einem Angehörigen hingewiesen, planmäßig unterbunden wird, ist selbstverständlich. Aber auch sonst erwachsen den Kassennutzberechtigten und ihren Angehörigen große Nachteile; es sei nur daran erinnert, daß eine beginnende Lungentuberkulose häufig unter dem Bilde eines einfachen Hustens beginnt. Der freipraktizierende Kassenzurückgekehrte führt dann häufig nur nach oberflächlicher Untersuchung eine Hustenmedizin, und der Patient soll wiederkommen, wenn die Medizin alle oder der neue Bon fällt ist. Da die Kassenzurückgekehrten in der Mehrzahl keine Krankengeschichte führen, können sie auch gar nicht beurteilen, ob die Krankheit im Laufe der Zeit Fortschritte macht. Nehmlich ist es z. B. bei der Untersuchung bei Magenbeschwerden, wo häufig ein Magenkrebs die Ursache ist, der, wenn er entdeckt wird, nicht mehr operiert werden kann. Ganz wesentlich ist auch der Selbstverlust, den der Patient erleidet, wenn er von einem Kassenzurückgekehrten zum anderen gehen muß, während in den Ambulatorien die Fachärzte Tür an Tür arbeiten.

Ferner wurde im Schiedsspruch festgelegt, daß die Krankenkassen ab 1. Januar 1929 an die Ärzteschaft für jedes Mitglied pro Jahr 11 Mark abzuführen haben, d. h. etwa 16 1/2 Millionen Goldmark pro Jahr. Auch hier zeigt sich wieder die Kurzsichtigkeit der Ärzteschaft. Es wird immer geflagt, daß der Bonwert sinke. Da aber von den Kassen eine Pauschale gezahlt wird, ist der Wert des Gutdickens abhängig von der Zahl, die in die 16 1/2 Millionen geteilt wird. Wenn jetzt die vielen tausend Mitglieder weiter in den Ambulatorien behandelt würden, so würden laut Schiedsspruch ab 1. Januar 1928 die dort abgegebenen Boni nicht mehr von der Ärzteschaft an die Kassen zurückvergraben werden müssen. Das macht allein für das Jahr 1927 etwa 300 000 Kassennutzberechtigten bei einer Prozente von 737 303 Patienten.

Es dürfte damit bewiesen sein, daß die Ambulatoriumsbehandlung den gesundheitlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerecht wird. Wir können heute schon mitteilen, daß unser Artikel vom 30. September 1928 großen Widerhall gefunden hat. Denn die Versicherten haben ein Recht auf Behandlung in den Kasseneinrichtungen, die von ihren Beiträgen geschaffen sind. Sie sind ja schließlich nicht Objekt, sondern Subjekt der Sozialversicherung. Dieser Erkenntnis wird sich auch mit der Zeit nicht das Versicherungsamt und die Ärzteschaft verschließen können, denn beide sind ja auch nur der Versicherten willen da und nicht umgekehrt. Da sich in der Sonntagsausgabe vom 30. September ein Druckfehler eingeschlichen hatte, sei nochmals mitgeteilt, daß die Forderungen und die Beschwerden wegen Ablehnung der Behandlung in den Ambulatorien an das Versicherungsamt der Stadt Berlin, Klosterstraße 65/67, als der Aufsichtsbehörde der Berliner Krankenkassen und im Instanzenweg an das Reichsversicherungsamt weiterzuleiten sind unter Einbindung einer Abschrift der Beschwerde an die zuständige Kasse.

Der gekürzte Haushalt.

15. Bezirk — Treptow.

In der Bezirksversammlung Treptow hatten die Kommunisten beantragt, für die durch Feuer geschädigten Laubenbesitzer der Kolonie „Dammek“ sofort feste Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Bericht des Bezirksamts sind die fünf in Frage kommenden Kolonisten Inhaber von festen Wohnungen. Auch dieser APD-Antrag hat sich also als leere Demonstration erwiesen. Genosse Reumann ersucht das Bezirksamts, alles zu unternehmen, damit endlich

die durch die Papierzerreißenanlage in der Schmollerstraße entstehenden Schäden und Belästigungen für die Anwohner beseitigt werden. Genosse Becker kritisierte, daß alle als dringlich anzusehenden Projekte von dem Stadtkämmerei gestrichen worden sind. Unsere Vertreter werden sich im Stadtparlament mit aller Kraft dafür einsetzen, daß wenigstens der bisher so stark durch den Magistrat zurückgehaltene Bezirk Treptow einige der Projekte genehmigt erhält. Auf Antrag unserer Fraktion protestierte die Bezirksversammlung dagegen, daß ohne Anhörung des Bezirksamts und der Bezirksversammlung vom Magistrat ein Vertrag über den Verkauf von Baugelände an der Reuen Krugallee und der Köpenicker Landstraße in Berlin-Treptow abgeschlossen ist. Genosse Lempert erklärte, daß die wenigen Rechte, die die Bezirksversammlungen noch haben, auf keinen Fall durch den Magistrat beeinträchtigt werden dürfen. Des weiteren wurde auf Antrag unserer Fraktion der Flächenaustausch in Treptow, Großstraße mit der evangelischen Kirchengemeinde Treptow zum Zwecke der Erbauung einer Kirche abgelehnt. Zum Bau von Wohnungen in Baumhuldenweg stimmte die Bezirksversammlung dem Verkauf von Baugelände an den Straßen 50, 54, 55, 59 und an der Forsthausallee an den Wohnungsverein „Dorella“ zu. Genosse Schneider erfuhr das Bezirksamts, daß für sofort zu sein, daß auch die Laubenbesitzer an gemessen entschädigt werden. Einem Antrage unserer Fraktion auf Besserung der Postverhältnisse in Treptow stimmte die Versammlung zu. Des weiteren wird beschlossen, das Bezirksamts zu beauftragen, auch für großstädtische Postverhältnisse in Johannisthal bemüht zu sein. Dann wurde die Errichtung eines Altersheims in Alt-Ostende beschlossen. Mit der Auflösung der 10. Volksschule in Oberschöneweide erklärte sich die Versammlung einverstanden, weil die Schülerzahl so zurückgegangen ist, daß die Aufrechterhaltung der Schule nicht gerechtfertigt erscheint. Ein Antrag unserer Fraktion auf Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Bezirk Treptow gab Veranlassung zu einer ausgedehnten Debatte. Drei von den Kommunisten gestellte Agitationsanträge verliefen der Ablehnung. Genosse Becker bewies, daß die Kommunisten weit davon entfernt sind, ihre Anträge als bare Münze zu betrachten.

Der „schwerhörige“ Medizinalrat.

14. Kreis — Ruckwies.

Die Bezirksversammlung wählte an Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzers, Landtagsabgeordneter Genosse Heitmann, einstimmig den Stadtverordneten Genossen Graßmann. In die Versammlung sind neu eingetreten die Genossen Trudi und Brinmann. Für die Kreisbauernstelle wurden gewählt die Genossen Bormann als Vertreterin der Mütter und als Vertreter der Ärzteschaft Genossin Dr. Käthe Frankenthal. Die zentrale Finanzverwaltung hat etwa 15 Millionen am Vorschlag des Bezirkshaushalts gestrichen. Dagegen wandten sich die Sprecher aller Fraktionen. Die Versammlung erließ dann in rascher Folge drei Anträge und eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Durchführung der Straßenumbenennungen, die Regulierung der Hafenbeide, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Ausfallstraßen und Aufstellung eines Feuerwehrturms im Ortsteil Budom. Daß die Hafenbeide immer noch nicht ausgebaut werden kann, liegt an einem Teil der Hausbesitzer, die erst durch Enteignung zur Herabgabe des Straßensandes gezwungen werden müssen. Bis jetzt waren die Verhandlungen der Versammlung ruhig verlaufen. Das änderte sich mit einem Schlag, als die Kommunisten ihre Anträge auf Hilfe für die Erwerbslosen und Sozialrentner begründeten. Daß die ganze Geschichte nur Mache war, ergab sich aus den Ausführungen des kommunistischen Redners, der erst noch einen Zusatzantrag stellen mußte, weil die Fraktion einfach wegessen hatte, über die Hälfte der Unterstützungsbedürftigen mit aufzuführen. Auch mit anderen falschen Zahlen wurde operiert. Schon seit Tagen waren die Erwerbslosen bearbeitet worden, damit sie vor dem Rathaus demonstrieren. Aber trotz schärfer Agitation hatten sich noch keine 100 Erwerbslosen eingestellt. Was besonders auffiel, war, daß unter diesen Agitationsopfern nur halbwüchsige Burschen zu sehen waren, die unklaren Redner, den Genossen Gehete, der über die Not der Erwerbslosen sprach, mit den gemeinsten Schimpfwörtern besetzten. Schon jetzt ist die Möglichkeit der Hilfe durch die Wohlfahrtsvorsteher gegeben, aber darum kümmern sich die Kommunisten nicht. Als der Dozent des Wohlfahrtsamts, Genosse Schneider, sie darauf aufmerksam machte, daß im Bezirk Tempelhof, wo ihr Parteifreund amtiert, nach der Statistik die niedrigsten Unterstützungen gezahlt werden, da gab es eifriges Schwelgen. Unsere Fraktion stimmte den Anträgen zu, bis auf Absatz IV, der Erweiterung der Beiräte bei den Wohlfahrtsämtern um je zwei Vertreter der Erwerbslosen verlangte. Nach Ablehnung dieses Antrages setzte ein orenbetäubender Lärm auf der Tribüne ein. Der neugewählte Vorsteher verließ seinen Platz und verlegte damit die

TEUERE SCHUHE SIND NICHT IMMER GUT
GUTE SCHUHE SIND NICHT IMMER TEUER

MERCEDES SCHUHE
SIND SCHÖN GUT UND PREISWERT

Sitzung. Mit bewundernswürdiger Ruhe hatte Genosse Großmann immer wieder versucht, die Störenfriede zu beschwichtigen. Es half alles nichts. Sie wollten den neuen Vorsteher, den Sozialdemokraten, gleich an seinem ersten Sitzungstage zu Polizeimahnahmen zwingen. Das ist vorbelagungen, weil er Kinder vor dem Gefängnis bewahren wollte. Nach zehn Minuten konnte der Vorsteher die Sitzung wieder eröffnen. Ein demokratischer Antrag verlangte energische Führung von Verhandlungen, um das Gelände der Schiedsfläche an der Hasenheide bald als Volkspark zu erschließen. Nachdem Genosse Gärtner daran erinnert hatte, daß die sozialdemokratische Fraktion schon vor Jahren mehrere ähnliche Anträge gestellt hat, gab Bürgermeister Genosse Scholz die Versicherung ab, daß das Bezirksamt alles tun werde, um diese Forderungen bald erfüllen zu können. Eine eigenartige Rolle spielte der kommunistische Medizinrat Dr. Schminde bei einer Anfrage unserer Fraktion über den Vorfall in der Badeanstalt Ganghoferstraße, wo am 9. November eine Schülerin im Alter von neun Jahren erkrankt. Genosse Grabe übte Kritik daran, daß es der Stadtrat nicht für nötig befunden habe, die Deputation, die am 13. November tagte, zu unterrichten. Daß in seinem Dezernat noch verschiedenes faul ist, bewies er an einer der Verfassungen vorgelegten Benachrichtigung von einem Todesfall im Pflegeheim. Auf einem gewöhnlichen Blotzettel wurde die traurige Nachricht den Angehörigen übermittelt. Der kommunistische Medizinrat, der sonst immer sehr energisch sein kann, wollte dem Bürgermeister Genossen Scholz die Beantwortung der Anfrage aufzwingen. Als der aber höflich dankte, murmelte er zunächst irgend etwas, gab dann eine genaue Darstellung des Vorfalls und stellte fest, daß ein Verschulden des Aufsichtspersonals nicht vorliegt. Die Anfrage über den Vorfall im Pflegeheim schien er überhört zu haben. Nur die späte Stunde rettete ihn vor der Beantwortung der Besprechung. Hoffen wir, daß der schweigsame Herr bis zur nächsten Sitzung die Sprache wiedergefunden hat.

Die Sozialdemokratie in der Reichsregierung.

Über die Aufgaben der Partei in der Reichsregierung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Auhäuser in einer außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Vereins Schöneberg, in der Schulstraße in der Feuerstraße. Die Sozialdemokratie ist, so führte er aus, zu einer Zeit in die Regierung eingetreten, die starke Spannungen zwischen Arbeiter und Kapitalisten zeigte. Die Arbeit der sozialdemokratischen Minister stößt auf starke Widerstände. Die Volkspartei hat noch nie so deutlich, wie in der letzten Zeit zu erkennen gegeben, daß sie Beschützerin des Großkapitals ist. Die Durchführung sozialer Einrichtungen, die Anerkennung des 11. August als Nationalfeiertag sind gescheitert an der Einstellung der Koalitionsparteien. Die Sozialdemokratie wird im Parlament immer wieder ihre Forderungen erhöhen, die sie im Interesse der Arbeiterklasse und Republik für notwendig hält. Unser Parteivorstand Otto Wels hat von der Tribüne des Parlaments ausgesprochen, was Millionen Arbeiter denken. Er hat eine Rede gehalten, die an die beste Zeit der Sozialdemokratie erinnerte. Schärfe Kritik fordern die Reden des Zentrums und der Demokraten heraus. Lemmer und Wirth haben von einer Krise des Parlamentarismus gesprochen. Wir wollen kein Parlament, das sofort, wenn ein Minister mit dem Rücktritt droht, auf eine eigene Willensäußerung verzichtet. Das wäre ein „belemmerter“ Parlamentarismus. Die Sozialdemokratie hat getreu ihren Grundgedanken die Behebung des sozialen Elends für weit wichtiger erachtet, als die Hergabe von Staatsmitteln für den Bau eines Panzerkreuzers. Sie ist in die Regierung gegangen, weil sie glaubt, dort am besten für die Arbeiterklasse eintreten zu können. Der Kampf der Ruhr-Industriellen richtet sich vor allem gegen den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister, der mit Recht die Forderungen der Arbeitgeber zurückwies. Wie wichtig die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der

Regierung sein kann, hat die Preußenregierung gezeigt. Die ohne über die Zwangsarbeiten der Bedienstetenfrage zu stolpern, für die Ausgesperrten gesorgt hat. Gegen den Nachwillen der Unternehmer muß die Staatsautorität eingegriffen werden. Das Reich hat es in der Hand durch Suspension der Eisenwerke und wenn das nicht hilft, eventuell durch Enteignung der Schlüsselindustrien Deutschland vor großen wirtschaftlichen Schäden zu retten. Die Sozialdemokratie ist für Mitarbeit in der Regierung, aber nur dann, wenn klare und bestimmte Mindestforderungen aufgestellt sind. An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine lebendige Aussprache.

Ruhrkonflikt, Panzerkreuzer, Reichstag. Mitgliederversammlung in Lichtenberg.

Über Ruhrkonflikt, Panzerkreuzer und Reichstag sprach Genosse Bille, M. d. R. in der Mitgliederversammlung des 17. Kreises. Er ging in seinem Referat auf die Ursachen des Ruhrkampfes ein und schilderte die einzelnen Stadien dieses Kampfes, der eine Auflehnung gegen die Staatsautorität, ein Klassenkampf des Unternehmertums im größten Ausmaße ist. Er kennzeichnet die Forderung der SPD. nach Aufhebung des Schiedsgerichtsverfahrens. Bemerkenswert ist, daß auf Grund der Reichstagsbeschlüsse zum ersten Male Staatsmittel zugunsten der Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum verwendet werden. Der Redner schilderte dann die im „Vorwärts“ eingehend wiedergegebenen Vorgänge anlässlich der Abstimmung über den Panzerkreuzer, die Bewilligung der zweiten Rate für den Bau des Panzerkreuzers wird natürlich neue Schwierigkeiten bringen. Eine Frage ist es, wie sich Sozialisten als Minister verhalten sollen, wenn der Behrät zur Beratung steht. Das ist eine Frage, die im Augenblick nicht zu entscheiden ist. Bei der jetzt aktuell gewordenen Umbildung der Regierung werden wir bestimmte Forderungen zu stellen haben. Niemand aber wird fordern können, daß wir jetzt aus der Regierung austreten. Nicht nur bei der Beratung des Entwurfes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz werden wir uns vor eine Reihe sozialpolitischer Probleme gestellt sehen. Der Beschluß der Reichsregierung vom 10. August war gewiß zunächst eine schwere Belastung für die Partei, die Partei aber hat sie allmählich überstanden, weil ein einheitlicher Wille vorhanden war. Die Parteigenossenschaft ist bei der Überwindung der Krise richtunggebend gewesen und ihre Kraft muß in Zukunft auch bei allen wichtigen Fragen maßgebend sein. Nach kurzer Diskussion, an der sich die Genossen Judrian und Ortmann beteiligten, schloß Genosse Thurn die ausgezeichnet verlaufene Versammlung.

Bannerweihe im 20. Kreis.

Zu einer recht eindrucksvollen Veranstaltung stellte sich die Kreisbannerweihe des 20. Kreises am 24. November in den Hubertus-Festhallen in Schönholz. Damit verbunden war die Ehrung der Parteijubilare. Musikalische Darbietungen und Kampflieder des Männerchors Reinickendorf sowie Rezitationen und Szenen aus Toller's „Hoppla, wir leben“ verschönten die Feier. Der Präsident des Landesarbeitsamtes, Genosse Paul Brühl, hielt die Weiberede. Delegationen der Kreisbannerlametadischen und einiger Abteilungen überreichten Fahnenstücke. Genosse Weiser ehrte die 103 Jubilare des Kreises, die 25 Jahre und darüber, ja einige bereits über 40 Jahre lang treu der Partei gedient haben, durch eine zu Herzen gehende Ansprache. Genosse Leid sprach den Dank der Jubilare aus. Er gehört bereits 43 Jahre der Partei an. Mut, Geist und Disziplin seien weiterhin notwendig, und jederzeit werden unsere Akten mit der Jugend gemeinsam roten und roten. Genosse Lorenzen dankte allen Erschienenen als Kreisvorsitzender und das geistliche Beisammensein hielt die aus dem weitverbreiteten Kreis zahlreich Erschienenen noch lange in bester Stimmung zusammen.

Die Geschäftsräume des Preussischen Katasteramtes Berlin-Wilmersdorf, das die Ortsbezirke Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald und Grunewald-Fort umfaßt, werden am 1. Dezember dieses Jahres von Berlin-Wilmersdorf, Westfälische Straße 89, nach Berlin W. 35, Potsdamer Straße 108 II, verlegt.

Sein 50jähriges Angelegenheits-Jubiläum feiert am 1. Dezember Herr Adolf Gellhorn, Hallesche Straße 7. In treuer Pflichterfüllung ist er seit 30 Jahren ununterbrochen bei der Firma Dr. Hermann Weidner, Flugstr. 8 (D 1 Norden 819), tätig. Gellhorn feiert er an demselben Tage in Gemeinschaft mit seiner Gattin seinen 49jährigen Hochzeitstag.

Jubiläum. Am heutigen 9. November feiert der Kantor Herr Leo Stangenberg sein 50jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Georg Müller, Metzgerhandlung, Berlin N. 7, Dortheenstr. 6.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachr. verb.). Eintritt und später Regenfälle. Langsamere Temperaturerhöhung. — Für Deutschland: Im Süden mäßig bis heiler mit Nachfröhen, im Norden Übergang zu trübem Wetter mit Niederschlägen und anhaltenden Temperaturen.

Erweiterungsbau Joseph & Co.

Das Kaufhäuser Kaufhaus Joseph & Co. ist im letzten Halbjahre um ein ganz beträchtliches Stück gewachsen. Der nacheinander fertiggestellte Erweiterungsbau in der Berliner Straße, der am gestrigen Tage Vertretern der Bezirksbehörden und der Presse gezeigt wurde, stellt das Bild eines allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Großkaufhauses dar. Durch bedeutende Raumvermehrung — in fünf Stockwerken wurden je 1000 Quadratmeter angebaut — erfolgte eine vollständige Neugestaltung der gesamten Innenräume und im modernen Stil gerader, schlichter Linienführung präsentieren sich jetzt die ganz bedeutend vergrößerten Abteilungen. Eiche, Mahagoni und wertvolle exotische Hölzer wurden zur Ausgestaltung der Räume verwendet. Ganz besonders schön wirkt die matte Silberdecke des neu eingerichteten bedeutend vergrößerten Erfrischungsraumes mit indirekter Deckenbeleuchtung (Kronbeleuchtung) und der geschmackvoll eingerichtete Lichthof in lauffähigem Parkettboden. Hier neue Schnellfahrstühle neben den bereits bestehenden und zwei Rolltreppen sorgen für ein lebendiges Verkehrsleben. Eine neue Schaufensterfront — die ganze Schaufensterfront umfaßt jetzt 26 Fenster — bereichern die Ausstellung der Waren um ein beträchtliches. Die Freude der Hausfrauen wird die schmucke, neu eingerichtete Lebensmittelabteilung bilden. Fleisch und Wurstwaren aus eigener Schlächtereierlei und Wurstfabrik, Backwaren aus eigenem Konditoreibetrieb präsentieren sich dem Kunden. Am lauffähigen Bande wird die Ware dem Käufer auf schnellstem Wege übermitteln. In technischen Neueinrichtungen sind die in den Kochbetrieben und in der Kucherei befindlichen von der Städtischen Gaswerke H. G. angelegten Koch-, Back-, Wärme- und Rühreranlagen bemerkenswert. Das Verkaufspersonal wurde um 300 Kräfte vermehrt und umfaßt jetzt ungefähr 700 Personen.

„Grammophon“ — „Die Stimme meines Herzens“. Diese Schallplatten-Aufnahmen aus der Grammophon-„Grammophon“ bringen jedem Musikfreund das was er wünscht. Berühmte Solos und Sängerinnen, Instrumental-Virtuosen von Welt, weltbekannte Pianisten und Orchester, Chöre, Tanzorchester, hören Sie in voller Reife auf „Grammophon“. Mit diesem Repertoire lassen sich die verschiedensten Unterhaltungsbedürfnisse im eigenen Heim befriedigen.

Das „Kino-Theater „Schaubühne“, Kaufhaus, Knechtstr. 112, führt unter neuer Leitung. Das Theater ist gut besetzt. Den Spielplan finden unsere Leser jeden Freitag und Sonntag in der „Kultur“.

Die Firma Julius Fabian, Sozialhaus für elegante Herren- und Damenmoden, Große Frankfurter Str. 37, und Schöneberg, Hauptstr. 136, hat zum bevorstehenden Weihnachtsverkauf ihr reichhaltiges Lager in fertiger Herren- und Damenmode mit den neuesten Modellen ausverkauft. Ganz besonders wird auf die Abfertigung „Anfertigung nach Maß“ hingewiesen, in der nur gute Stoffe mit besten Zutaten verarbeitet werden. Die Firma, die besonders auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sich durch ihre Redlichkeit und Leistungsfähigkeit einen großen Kundenkreis erworben, und am 1. Oktober d. J. zur Erweiterung ihrer Räumlichkeiten im Westen ein Zweiggeschäft in Schöneberg, Hauptstr. 136, I. Stock, eröffnet. Es empfiehlt sich, einen unverbindlichen Besuch abzugeben.

Billige, aber gute Mäntel!

So sind die Preise für die guten Qualitäten:

Winter-Ulster moderne Form, karierte Muster M. 55.-, 48.-	39.-
Winter-Ulster vielartige Must. mit Steppfutter M. 85.-, 75.-	68.-
Winter-Ulster ganz besonders feine Stoffarten M. 125.-, 110.-	98.-
Winter-Paletots 1- oder 2-reihige Machart M. 72.-, 58.-	42.-
Winter-Paletots in marango und schwarz, mit Satinelle oder K'Selide gefüttert, M. 125.-, 110.-, 98.-	85.-
Herren-Rock-Paletots aus gutem Melton, sehr kleidsam M. 140.-, 125.-, 110.-, 98.-, 85.-, 75.-, 65.-	58.-
Ulster für junge Herren fasche 2-reihige Form, mit Ringgurt M. 74.-, 62.-, 48.-, 35.-	29.-



Erders & Dyckhoff
Gertraudenstr. 8-9 An der Patrikirche
Zweig-Geschäfte: Hamburg — Bremen — Köln a. Rh.

KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Konsum-Fleischwaren:

Schweinefleisch aus eigener Schlachtung.	Frisches Rindfleisch aus eigener Schlachtung.
Rückenfett Pfd. 1.10	Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.15
Kotelett Pfd. 1.35	Roastbeef Pfd. 1.05
Schinken im Ganzen Pfd. 1.13	Suppenfleisch Pfd. 0.65
Schulterblatt Pfd. 1.13	Gehacktes Pfd. 0.70

Kalb- u. Hammelfleisch in bester Qualität

Gefrierfleisch	Geflügel
Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.—	Holl. Kapaune Pfd. 1.25
Roastbeef Pfd. 0.85	Suppenhühner Pfd. 1.25
Fehrippe Pfd. 0.75	Enten Pfd. 1.35
Querrippe Pfd. 0.55	Oderbrucher Gänse Pfd. 1.15-1.25
Suppenfleisch Pfd. 0.50	

Die Abgabe der Waren erfolgt in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend nur an Mitglieder.

Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden.

Aufnahmegebühr 50 Pfennig

Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen 260 Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft vollzogen.

